

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer
Telefon 041 349 12 51
Telefax 041 349 14 81
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema Einwohnerratssitzung
Sitzungsdatum 21. November 2013, 16.00 – 20.15 Uhr
Sitzungsort Pfarreizentrum
Vorsitz Ruth Strässle-Erismann

PROTOKOLL NR. 346

Anwesend 28 Einwohnerratsmitglieder
5 Gemeinderatsmitglieder
1 Gemeindeschreiber

Entschuldigt - Dissler Esther, anwesend ab 16.30 Uhr
- Herren Hermann
- Zemp Thomas

Traktandenliste

- | | |
|---|----------|
| 1. Bericht und Antrag Nr. 1506 Planungsbericht Jahresprogramm 2014 | Seite 3 |
| 2. Bericht und Antrag Nr. 1510 Budget 2014 | Seite 10 |
| 3. Fragestunde | Seite 22 |
| 4. Postulat Nr. 649/2013 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden:
Kunststoff- / Plastik-Sammelstelle | Seite 29 |
| 5. Postulat Nr. 646/2013 von Heiri Schwegler, L2O, und Mitunterzeichnenden:
Pilotbetrieb zur Erschliessung des Kirchfelds | Seite 30 |
| 6. Dringliches Postulat Nr. 652/2013 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunter-
zeichnenden: Stärkung Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern-Horw | Seite 30 |
| 7. Interpellation Nr. 622/2013 von Esther Dissler, CVP: Pflegefinanzierung | Seite 32 |

Sprecher/in

Ruth Sträss-
le-Erismann (FDP)

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Mitteilungen

- Herr Konrad Durrer hat erfolgreich den Swiss City Marathon Lucerne in 3 Stunden und 26 Minuten absolviert.
- Die für den 19. Dezember 2013 geplante Einwohnerratssitzung findet nicht statt.

Repräsentationen

26. Oktober 2013: Einladung im VIP-Zelt vom Swiss City Marathon Lucerne

Gratulationen

Seit der letzten Sitzung durfte ich über 20 Personen zu einem hohen Geburtstag gratulieren. Das wird sehr geschätzt und auch oft verdankt.

Einbürgerungen

Seit der letzten Sitzung ist einer mazedonischen Familie, einer kosovarischen Familie sowie einer Person aus Bosnien das Horwer Bürgerrecht erteilt worden.

Protokoll

Das Protokoll Nr. 345 der Sitzung vom 24. Oktober 2013 wird an der nächsten Sitzung genehmigt.

Neueingänge

- 11. November 2013: Postulat Nr. 651/2013 von Thomas Zemp, CVP: Zugeständnisse von Boni bei Gestaltungsplänen
- 11. November 2013: Interpellation Nr. 631/2013 von Thomas Zemp, CVP: Umgang mit Gestaltungsplänen
- 18. November 2013: Dringliches Postulat Nr. 652/2013 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Stärkung Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern-Horw

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind keine Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen.

Begründung dringlicher Vorstoss

Dringliches Postulat Nr. 652/2013 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Stärkung Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern-Horw

Es bewegt sich etwas am Hochschulhimmel und die Zeitungen berichten im Wochentakt darüber. Der Hochschulrat tagt im Dezember. Nur schon mit der Behandlung und hoffentlich auch Überweisung von diesem Postulat setzen Sie ein Zeichen für den Standort Horw. Wir können nicht ein halbes Jahr warten, um dann mit der Arbeit zu beginnen. Der Gemeinderat sollte eigentlich schon jetzt bereit sein, um dem offensichtlich im Moment am Horwer Standort nicht interessierten Regierungsrat Argumente für den Standort zu liefern. Und wenn nicht für die momentan zur Diskussion stehende Informatikabteilung, dann zumindest für die nächsten Etappen der Hochschulplanung. Ich bitte Sie deshalb, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Konrad Durrer (L2O)

Vorweg dankt der Gemeinderat dem Postulanten, dass er das mehr als berechtigte Anliegen auf das politische Parkett gebracht hat.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

In der Tat droht nun durch die eher passive Haltung des Kantons Luzern, dass das neue Informatikdepartement in eine andere Gemeinde oder gar in einen anderen Kanton abwandert. Der Gemeinderat teilt die Sorge des Postulanten und opponiert nicht gegen die Dringlichkeit.

1. Bericht und Antrag Nr. 1506 Planungsbericht Jahresprogramm 2014

Eintreten GPK

Die GPK bedankt sich beim Gemeinderat für die Ausarbeitung des vorliegenden Planungsberichts Jahresprogramm 2014. Unsere Kommission erachtet die im Jahresprogramm aufgeführten Ziele als sinnvoll und weiterführend.

Astrid David Müller
(SVP)

Mit grosser Befriedigung nehmen wir das Ergebnis der Mitarbeiterumfrage zur Kenntnis. Auch wenn unter Umständen eine höhere Rücklaufquote durch eine externe Evaluation hätte gewährleistet werden können, ist das Ergebnis trotzdem sehr gut. Die Gesamtzufriedenheit ist sehr hoch und insbesondere mit den direkten Vorgesetzten sind die Mitarbeitenden sehr zufrieden. Aus dem Planungsbericht ist ersichtlich, dass sich der Gemeinderat nicht auf den Lorbeeren ausruht, sondern gewisse noch verbesserungswürdige Punkte erkannt, Verbesserungsvorschläge bereits schon formuliert und den Mitarbeitenden kommuniziert hat. Die GPK ist zuversichtlich, dass so der hohe Standard im Bereich Personal gehalten werden kann.

Erfreulich ist ferner, dass im Bereich Immobilien für wichtige Ziele die Zielerreichung teilweise bereits für dieses, teilweise für das nächste Jahr geplant ist. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Parzelle Stirnrüti, wo es sicherlich sinnvoll erscheint, die zukünftige Verwendung möglichst schnell zu klären.

In Bezug auf den Bereich der sozialen Wohlfahrt scheint es uns wichtig, nicht nur das Kirchfeld im Fokus zu behalten, sondern auch Klarheit über andere Betreuungsmöglichkeiten und -formen, ausserhalb des Kirchfelds, zu erhalten. Die Formulierung im Punkt 2.12.3. erscheint uns zu vage und wird der Wichtigkeit des Themas nicht gerecht. Es ist nun wirklich an der Zeit, dass die Planung rascher und konkreter an die Hand genommen wird. Aus diesem Grund wird die GPK als Ergänzung zum Punkt 2.12.3 einen Antrag auf Bemerkung stellen.

Bei Ziffer 2.17 wird als Ziel im Bereich Abfallbeseitigung formuliert, dass im Jahr 2014 für den Ökihof ein neuer Standort gefunden wird bzw. dass auf der bestehenden Parzelle eine Lösung gefunden werden soll. Dem kann sich die GPK nur anschliessen. Für die Anwohner ist die Situation sehr unbefriedigend, sie kann aber nur - selbstverständlich auch unter Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Betreiberin des Ökihofs - in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Kriens gelöst werden, da beide Gemeinden Miteigentümer der betroffenen Parzelle sind. Immerhin kann die GPK mit Befriedigung feststellen, dass der Gemeinderat das Problem erkannt hat und mit Nachdruck eine gute Lösung sucht.

Die GPK ist für Eintreten und Kenntnisnahme des Jahresprogramms 2014 und wird an entsprechender Stelle einen Antrag auf Bemerkung stellen.

Eintreten BVK

Die BVK hat die baurelevanten Positionen des B+A Nr. 1506 mit den verantwortlichen Gemeinderäten besprochen. Unsere Fragen sind schlüssig beantwortet worden. Grosse Diskussionen hatten wir keine.

Die BVK ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme des Jahresprogramms 2014.

Jürg Luthiger (CVP)

Eintreten GSK

Die GSK hat die für die Kommission relevanten Themen aus dem B+A Planungsbericht Jahresprogramm 2014 beraten.

Gemäss Jahresprogramm soll das Projekt "Wohnen im Alter" im Jahr 2014 abgeschlossen sein. Die GSK soll über den Projektverlauf anfangs Jahr informiert werden.

Bei der Umsetzung vom Altersleitbild 2013 haben bereits erste Massnahmen stattgefunden. Die GSK ist erfreut, dass die Besuche von pensionierten Personen in verschiedenen Schulklassen auf eine gute Resonanz gestossen sind. Weitere Massnahmen in diese Richtung sind sicher wünschenswert, damit eine gute Kommunikation und ein gegenseitiges Verständnis zwischen Jung und Alt erhalten bleibt und gefördert wird.

Im Bereich "Gesundheit" sind im Jahresprogramm keine Ziele vorgesehen, obwohl im Umsetzungsplan vom Altersleitbild im Jahr 2014 Massnahmen für die Gesundheitsförderung und Prävention von der älteren Bevölkerung vorgesehen sind. Der Abschluss von der Überprüfung von möglichen Massnahmen hätte sich durchaus als Ziel für das Jahr 2014 geeignet.

Die GSK ist einstimmig für Eintreten auf den B+A Nr. 1506.

Marcel Wirz (FDP)

Eintreten CVP

Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung, werden aber dem Rat in der Detailberatung verschiedene Anträge auf Bemerkungen unterbreiten.

Roger Eichmann
(CVP)

Eintreten L2O

Die L2O-Fraktion schliesst sich dem Eintreten der GPK an. Auf drei Punkte möchte ich jedoch hinweisen:

- Im B+A Nr. 1506 ist die Erarbeitung vom Konzept "Globalbudget" aufgeführt. Es ist wichtig, dass der Einwohnerrat frühzeitig in den Erarbeitungsprozess eingebunden wird. Wir werden zum gegebenen Zeitpunkt noch im Detail auf den Punkt eingehen.
- Wir haben ein nigelnagelneues Altersleitbild. Wir erwarten, dass der Umsetzungsplan nicht nur geprüft wird, sondern dass bereits im Jahr 2014 mit ersten Massnahmen angefangen wird.
- Raumplanung: Wir brauchen das Konzept zur Gestaltung vom Freiraum im Ortskern möglichst schnell. Man kann doch nicht ohne ein Raum- und Gestaltungskonzept mit dem Bauen anfangen. Wir gehen davon aus, dass das Konzept schon fast fertig ist und dem Einwohnerrat nächstens vorgelegt wird.

Die L2O-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1506.

Nathalie Portmann
(L2O)

Eintreten FDP

Sehr beeindruckt haben uns im Jahresprogramm 2014 die hervorragenden Ergebnisse der Mitarbeiterumfrage, vor allem auch die Beurteilung des Kaders. Dazu gratulieren wir herzlich. Wenn wir jetzt noch erreichen können, dass die Mitarbeiter verstehen, was die Vorgesetzten wollen, dann werden die zukünftigen Beurteilungen kaum mehr zu über treffen sein.

Zu einzelnen Bereichen des Jahresprogramms wünscht sich die FDP ein schnelleres Vorgehen. So unterstützen wir den Antrag der GPK für eine schnellere Planung zum Altersleitbild. Zu drei weiteren Programmpunkten werden wir dann bei der Behandlung der entsprechenden Themen Anträge stellen. Dies betrifft das Konzept für ein Forum, die Beurteilung eines externen Medikamentenabgabesystems und eine neue Lösung für den Ökihof.

Die FDP-Fraktion hat den B+A mit dem Jahresprogramm 2014 einstimmig zur Kenntnis genommen und beantragt deshalb auch das Eintreten auf den B+A Nr. 1506.

Eintreten SVP

Die SVP kann sich den Vorrednern grundsätzlich anschliessen, weshalb ich nur noch einige wenige Ergänzungen anbringe.

In Bezug auf den Bereich Bildung und hier konkret zum Leistungsauftrag "Volksschule" (Ziffer 2.8.1.), gestatten wir uns die kritische Bemerkung, dass die Erarbeitung von Kennzahlen meist mit einem grossen Aufwand verbunden ist und auch bei einem kostenintensiven Beizug externer Fachleute viele eigene Kräfte gebunden werden. Hingegen ist der konkrete Nutzen dieser genauen und sehr ins Detail gehenden Analysen oft äusserst fraglich, zumal gewisse Umstände manchmal schlicht nicht beeinflusst werden können. Hier gilt es, Augenmass zu bewahren und eine sorgfältige Kosten-Nutzen-Analyse vorzunehmen. Ein bisschen salopp ausgedrückt: Es muss nicht immer alles gewusst werden.

Die SVP unterstützt das Anliegen der GPK, dass die Massnahmen zur Umsetzung des Altersleitbildes im Bereich Betreuung und Betreuungsformen zielgerichteter und schneller umgesetzt werden sollen.

Ebenfalls sind wir der Meinung, dass im Jahr 2014 die Grundlagen für die Prüfung einer Kündigung bei der KESB Luzern-Land so frühzeitig vorliegen müssen, dass eine solche Kündigung per Ende 2014 möglich ist. Die Kündigungsfrist ist mit zwei Jahren dann noch lange genug.

Zusammenfassend ist die SVP für Eintreten und Kenntnisnahme des Jahresprogramms 2014 mit den gewünschten Bemerkungen.

Jörg Gilg (FDP)

Astrid David Müller
(SVP)

Detailberatung

2.1.1 Personal - Mitarbeiterumfrage

Ich glaube, bezüglich der Mitarbeiterumfrage gibt es ein Missverständnis.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Im Gegensatz zu der vor Jahren intern durchgeführten Umfrage, wurde die diesjährige extern vergeben, wodurch die Neutralität der Befragten und der Auswertung gewährleistet wurde. Die Mitarbeitenden wurden mehrmals aktiv auf die Umfrage aufmerksam gemacht und zur Teilnahme aufgerufen und so haben wir gegenüber den früheren Jahren eine 20 % höhere Rücklaufquote erreicht. Die Gesamtzufriedenheit von 79 % ist ein guter Wert, denn man muss bedenken, dass unter den angeschriebenen Mitarbeitenden auch solche mit Kleinpensen sind, die zum Teil wenig motiviert waren, die ganze Umfrage auszufüllen, weil sie sich nicht direkt angesprochen fühlten. Von daher wird eine weitere Steigerung schwer sein, aber wir nehmen die Anmerkung natürlich zur Kenntnis für die nächste Umfrage.

2.2.1 Immobilien - Stirnrüti

Im Namen der CVP-Fraktion stelle ich folgenden Antrag auf Bemerkung: "Die CVP-Fraktion erwartet, dass der Einwohnerrat in die Diskussion über die weitere Entwicklung der Parzelle Stirnrüti mittels Planungsbericht miteinbezogen wird."

Roger Eichmann
(CVP)

Ihr Antrag rennt beim Gemeinderat offene Türen ein, denn es ist selbstverständlich, dass für das weitere Vorgehen der Einwohnerrat miteinbezogen wird. Für dieses Jahr haben wir die Planung gemacht und im Übrigen ist im Gemeindehaus ab nächsten Freitag eine öffentliche Ausstellung über das Siegerprojekt. Anschliessend wird noch ein gemeinsamer Gestaltungsplan erarbeitet und in der ersten Hälfte 2014 müssen wir uns dann unterhalten, wie es weitergehen soll.

Robert Odermatt
(SVP)

Ich möchte Roger Eichmann fragen, auf was sich sein Antrag bezieht, denn ich kann den Sinn und Zweck nicht ganz nachvollziehen.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Das Ganze wird wieder vor das Volk kommen und wir erachten es als wichtig, dass das auch durch den Einwohnerrat abgestützt ist.

Roger Eichmann
(CVP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der CVP-Fraktion: "Die CVP-Fraktion erwartet, dass der Einwohnerrat in die Diskussion über die weitere Entwicklung der Parzelle Stirnrüti mittels Planungsbericht miteinbezogen wird."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Dem Antrag wird mit 19:3 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.

2.2.2 Immobilien - Rahmenkredit Unterhalt/Werterhaltung

Im Namen der CVP-Fraktion möchte ich folgende Bemerkung anbringen: "Die CVP-Fraktion erachtet die Mehrjahresplanung im Bereich Immobilien als notwendig und sieht darin ein grosses Potenzial. Wir nehmen daher bereits jetzt vorweg, dass die zusätzlich budgetierten Stellenprozente als notwendig erachtet werden."

Roger Eichmann
(CVP)

2.3.1 Zentrale Dienste - Vision und Leitbild sind überprüft und ein Konzept "Partizipation" der Bevölkerung erarbeitet.

Die FDP steht dem Projekt für eine weitere Forum-Veranstaltung kritisch gegenüber. Die Durchführung eines derartigen Anlasses ist mit einem grösseren personellen und finanziellen Aufwand verbunden. Wenn man den Anlass schon seit 2006 problemlos zurückstellen konnte ist nicht einzusehen, wieso man sich gerade im Jahr 2014 mit dem Projekt beschäftigen sollte. Im nächsten Jahr steht die Gemeindeverwaltung ja ohnehin unter einem überdurchschnittlichen Druck, was auch die verschiedenen Personalbegehren zeigen. Es ist auch festzustellen, dass wir in Horw mit einem Einwohnerrat, einem offenen Gemeinderat und einem gut ausgebauten Blickpunkt über ein gut etabliertes politisches System verfügen, bei dem jeder seine attraktiven Ideen einbringen kann. Nach meinen Erfahrungen beinhalten solche Foren ein grosses Frustpotenzial, weil man sich in der Regel auf ein paar zentrale Themen konzentriert und diese im Einwohnerrat dann häufig kaum oder abschlägig behandelt werden. Deshalb ist nach unserer Meinung ein derartiges Forum häufig kontraproduktiv und man sollte dort nicht über Themen befinden, die eigentlich der Einwohnerrat beschliessen sollte.

Weil die FDP einem Konzept für ein Forum kritisch gegenübersteht, beantragt sie zwei entsprechende Anträge auf Bemerkung, nämlich im Titel eine Reduktion auf den Satz "Vision und Leitbild sind überprüft", und anstelle des letzten Satzes, der heisst "Ein Konzept soll Art und Weise der Partizipation der Bevölkerung aufzeigen" den neuen Satz "Es ist überprüft, ob der Bedarf für die Schaffung eines Forums noch vorhanden ist."

Auch die CVP-Fraktion zweifelt an der Notwendigkeit und Zweckmässigkeit eines Konzepts für die Partizipation. Wir sind der Ansicht, dass zu den politischen Gremien keine weiteren Parallelgefässe notwendig sind, weil mit diesen Foren eventuell falsche Hoffnungen geweckt werden. Die CVP-Fraktion unterstützt die Anträge der FDP.

Es wurde richtig gesagt, dass das eine Restanz aus der Zukunftskonferenz ist, die dann Niederschlag im Leitbild gefunden hat. Ich zitiere aus dem Leitbild: "Horw setzt auf neue Formen der Beteiligung, Offenheit und Zusammenarbeit..." Darunter gibt es den Punkt "Ein Forum «Innovation Horw» fördert die direkte Mitsprache und die aktive politische Beteiligung der Bevölkerung."

Es ist richtig, dass natürlich auch Vorschläge kommen, wenn man so ein Gefäss hat. Das kann dazu führen, dass denen nicht stattgegeben werden kann und es in der Folge einen gewissen Frust gibt. Das wäre die Negativdarstellung, es gibt aber natürlich auch die Kehrseite der Medaille, und zwar dass das eine Möglichkeit ist, dass sich verschiedene Bevölkerungsgruppen eingeben können, die nicht durch die einzelnen Parteien abgefangen werden. Daraus können neue, auch kreative Ideen entwickelt werden, die in dem normalen Prozess, in dem wir uns mit dem Einwohnerrat, den Parteien und dem Gemeinderat befinden, nicht stattfinden können. Es beinhaltet also auch einige Chancen und wir haben das Gefühl, dass es jetzt wirklich an der Zeit ist, das anzugehen. Von den einzelnen Parteien werden je länger je weniger Leute angesprochen, ich glaube, das können hier alle Parteien bestätigen. Im Sinne einer Chance, und nicht einer Gefahr für das System, möchten wir den Kreis ein wenig öffnen.

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der FDP-Fraktion zur Änderung des Titels in: "Vision und Leitbild sind überprüft" anstelle "Vision und Leitbild sind überprüft und ein Konzept "Partizipation" der Bevölkerung erarbeitet."

Dem Antrag wird mit 18:7 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

Jörg Gilg (FDP)

Roger Eichmann
(CVP)

Markus Hool (FDP)

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der FDP-Fraktion: "Es ist überprüft, ob der Bedarf für die Schaffung eines Forums noch vorhanden ist."

Dem Antrag wird mit 19:6 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt.

2.3.2 Zentrale Dienste - Vorprojekt Führungsorganisation

Im Namen der CVP-Fraktion möchte ich folgende Bemerkung anbringen: "Die CVP-Fraktion unterstützt das Projekt "Überprüfung der Führungsorganisation der Gemeinde Horw". Wir sind aber der Ansicht, dass die Inkraftsetzung auf 2016 ein sehr sportliches bzw. unrealistisches Ziel ist. Wir möchten aber den Gemeinderat ermuntern, das Projekt umgehend zu starten."

Roger Eichmann
(CVP)

2.5.1 Allgemeine Verwaltung - Globalbudget

Im Zusammenhang mit der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung WOV ist geplant, im Bereich Bildung den Leistungsauftrag zu finalisieren und im Bereich der allgemeinen Verwaltung ein Konzept zum Globalbudget zu erstellen. Die Umstellung auf WOV ist nicht einfach und bedarf einer guten Vorbereitung. Das gilt auch für das Parlament. Mit dem Globalbudget übergibt der Rat den jeweiligen Verwaltungseinheiten deutlich mehr Gestaltungsspielraum und Kompetenzen und umso wichtiger ist es, dass nicht nur das Rahmenbudget sorgfältig geplant wird, sondern auch der Leistungsauftrag. Gibt es Lücken oder Ungenauigkeiten im Leistungsauftrag, können diese im Nachhinein nicht mehr so einfach geschlossen werden. Darum möchten wir beliebt machen, dass der Einwohnerrat möglichst früh und kontinuierlich in die Prozesse vom Konzept "Globalbudget" einbezogen wird. Die L2O-Fraktion stellt folgenden Antrag auf Bemerkung: "Gemäss Gemeindeverordnung Art. 27, wirkungsorientierte Verwaltungsführung, beschliesst der Einwohnerrat über die Einführung von WOV. Damit dieser Beschluss fundiert und breit abgestützt erfolgen kann, wird der Einwohnerrat möglichst früh und kontinuierlich in den Prozess der Erarbeitung des Konzepts "Globalbudget" miteinbezogen."

Nathalie Portmann
(L2O)

Ich kann nur bestätigen, was Frau Portmann gesagt hat. Das muss gut vorbereitet werden, denn es gibt ganz verschiedene Möglichkeiten, von sehr schlank bis sehr breit, wie ein Globalbudget ausgestaltet werden kann. Es wird auch kein Globalbudget ohne einen Leistungsauftrag geben und einen Leistungsauftrag zu erarbeiten, ist ziemliche Knochenarbeit. Insofern kann ich Ihnen bestätigen, dass wir diesbezüglich auf dem Weg sind, jetzt mit den einzelnen Leistungsaufträgen anfangen, diese überprüfen und die einzelnen Schritte immer wieder vom Gemeinderat abgesegnet werden. Es ist für uns auch völlig klar und selbstverständlich, dass das in Zusammenarbeit mit dem Parlament passieren muss, namentlich der GPK, die ganz unmittelbar betroffen ist. Im Moment muss das aber verwaltungsintern ausgearbeitet werden, denn wie Sie richtig gesagt haben, ist das eine komplexe Angelegenheit und wenn wir ein wenig gefestigte Ansichten, Vorstellungen oder Varianten haben, würden wir gerne die GPK begrüßen.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der L2O-Fraktion: "Gemäss Gemeindeverordnung Art. 27, wirkungsorientierte Verwaltungsführung, beschliesst der Einwohnerrat über die Einführung von WOV. Damit dieser Beschluss fundiert und breit abgestützt erfolgen kann, wird der Einwohnerrat möglichst früh und kontinuierlich in den Prozess der Erarbeitung des Konzepts "Globalbudget" miteinbezogen."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Dem Antrag auf Bemerkung wird einstimmig zugestimmt.

2.11.2 Kirchfeld, Haus für Betreuung und Pflege - Medikamentensystem

Nach Meinung der FDP ist der Abschnitt über den Planungsbericht zum neuen Medikamentenabgabesystem zu wenig klar formuliert. Wir wünschen ein schnelleres Vorgehen, nämlich dass der Planungsbericht bis spätestens zur Juni-Einwohnerratssitzung vorliegt. So kann man allenfalls das Budget 2015 in diesem Bereich noch beeinflussen. Deshalb stellen wir folgenden Antrag auf Bemerkung: "Der Planungsbericht liegt bis spätestens zur Einwohnerratssitzung vom Juni 2014 vor."

Jörg Gilg (FDP)

Auch die CVP Fraktion erwartet, dass ein umfassender Planungsbericht zum Medikamentenabgabesystem bis im Sommer 2014 vorliegt. Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP.

Roger Eichmann (CVP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der FDP-Fraktion: "Der Planungsbericht liegt bis spätestens zur Einwohnerratssitzung vom Juni 2014 vor."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Dem Antrag wird mit 20:4 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugestimmt.

2.12.3 Soziale Wohlfahrt - Altersleitbild

Die GPK stellt folgenden Antrag auf Bemerkung: "Die Planung zur konkreten Umsetzung des gemäss Altersleitbild für 2020 notwendigen Angebotes (Spitex, stationäre Betreuung etc.) wird begonnen."

Astrid David Müller (SVP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der GPK: "Die Planung zur konkreten Umsetzung des gemäss Altersleitbild für 2020 notwendigen Angebotes (Spitex, stationäre Betreuung etc.) wird begonnen."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Dem Antrag auf Bemerkung wird mit 26:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

Ich möchte an dieser Stelle ein Anliegen, nicht zur Abstimmung, ergänzen. Wenn man das Altersleitbild, insbesondere die stationäre Betreuung beginnt zu planen, scheint es mir wichtig, dass man den Fächer öffnet und als Standort nicht nur das Kirchfeld 1, 2 oder 3 in Erwägung zieht, sondern auch Alternativen prüft. Wenn man den Punkt 2.11.1 anschaut, ist das nicht so eindeutig. Es ist gut, dass im Kirchfeld 2 geplant wird, aber wahrscheinlich ist eine breite Anlage der Planung der Sache dienlicher.

Markus Bider (CVP)

2.12.4 Soziale Wohlfahrt - Gemeindeverband KESB

Im Namen der CVP-Fraktion stelle ich einen Antrag auf Bemerkung: "Die CVP-Fraktion verlangt, dass dem Einwohnerrat bis im Sommer 2014 ein entsprechender Bericht und Antrag unterbreitet wird, damit der Rat den Entscheid betreffend Verbleib oder Kündigung aus dem Gemeindeverband beschliessen kann."

Roger Eichmann (CVP)

Bis zum Sommer 2014 ist eine sportliche Vorgabe. Die KESB hat erst 2013 ihre Arbeit aufgenommen und man muss gewisse Grundlagen haben, um so einen Entscheid zu fällen. Wenn Sie sagen, dass sie den B+A im Sommer haben müssen, weise ich Sie darauf hin, dass ich dann nur das liefern kann, was ich zur Verfügung habe. Es ist vom Kanton her nicht klar, dass Vorgaben gegeben sind und man im Sinne eines Benchmark Daten sammelt. Darum sind wir natürlich darauf angewiesen, dass das aufgegleist wird. Es ist vom Gemeinderat gewünscht, dass wir auf die Delegiertenversammlung im Frühling einen Bericht erhalten, aber wie gut zu dem Zeitpunkt die Datenlage sein wird, kann ich nicht sagen und je nachdem müsste ich dann mit dem Bericht ein wenig später an den Rat gelangen, wenn Aussicht auf eine bessere Datengrundlage besteht.

Oskar Mathis (L20)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der CVP-Fraktion: "Die CVP-Fraktion verlangt, dass dem Einwohnerrat bis im Sommer 2014 ein entsprechender Bericht und Antrag unterbreitet wird, damit der Rat den Entscheid betreffend Verbleib oder Kündigung aus dem Gemeindeverband beschliessen kann."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Dem Antrag wird mit 20:6 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

2.17.1 Abfallbeseitigung - Ökihof

Aus Sicht der FDP stimmt der Titel dieses Punktes nicht mit dem Text überein. Darum haben wir eine eher kosmetische Korrektur. Es geht nämlich nicht nur um einen neuen Standort für den Ökihof, sondern allenfalls auch um eine Neuorganisation des Ökihofes am bestehenden Standort. Deshalb stellen wir für den Titel des Abschnitts 2.17.1 den Antrag auf Bemerkung: "Für den Ökihof ist eine neue Lösung gefunden." Den Satz haben wir übrigens von Herrn Durrer entlehnt – wir hoffen, er hat nichts dagegen.

Jörg Gilg (FDP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der FDP-Fraktion für einen neuen Titel zum Punkt 2.17.1: "Für den Ökihof ist eine neue Lösung gefunden."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Dem Antrag auf Bemerkung wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1506, Planungsbericht Jahresprogramm 2014, wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Bericht und Antrag Nr. 1510 Budget 2014

Eintreten GPK

Die GPK hat das Budget 2014 in zwei Sitzungen geprüft. Die Rechnung schliesst mit einem Verlust von 1 Mio. Franken ab. Dieser Verlust liegt im Bereich des Durchschnitts der letzten 6 Jahre. Er entspricht in etwa auch den Schätzungen der Finanz- und Aufgabenpläne der letzten beiden Jahre. Daraus kann geschlossen werden, dass der Haushalt der Gemeinde zurzeit in ruhigem Fahrwasser segelt und die Verantwortlichen die Lage unter Kontrolle haben. Dies in markantem Unterschied zu vielen Nachbargemeinden. Die attraktive landschaftliche Lage in Stadtnähe ermöglicht uns einen tiefen Steuerfuss. Dank dem tiefen Steueranteil von juristischen Personen hat uns die kantonale Steuerrevision unterdurchschnittlich getroffen. Die bevorstehenden Steuererhöhungen in der Umgebung werden diese Attraktivität noch weiter steigern. Bei der Detailberatung zeigte sich die insgesamt gute Qualität des vorgelegten Budgets, welche die Beratung erleichtert hat. Insgesamt kommt die GPK zur Auffassung, dass die vorgelegte Rechnung komplett und die wesentlichen Annahmen im Rahmen des wirtschaftlichen Umfeldes plausibel sind.

Markus Bider (CVP)

Die intensive Debatte hat es uns auch erlaubt, auf den 150 Seiten einige Fehler zu finden, die alle plausibel erklärt wurden. Sie heben sich teilweise gegenseitig auf resp. ihre Summe verändert das Budget nicht wesentlich. Es erscheint uns, mit einer Ausnahme, nicht sinnvoll, hierfür das ganze Zahlenwerk korrigieren zu lassen. Ich werde jedoch in der Detaildebatte der guten Ordnung halber Hinweise geben.

Es scheint, dass einige Einnahmenposten bei Gebühren und Sondersteuern den guten Ergebnissen der letzten Jahre etwas zögerlich angepasst werden. Hierzu werden wir heute wohl noch Anträge hören. Möglicherweise ist es sinnvoll, die Regel einzuführen, dass ein Ertrag dem Durchschnitt der letzten drei Jahre entsprechen soll, sofern nichts Ausserordentliches bekannt ist.

Formal fällt auf, dass die sog. KORE-Umlagen nun erstmals auch im Budget voll durchgerechnet wurden. Das Budget ist auf den Umlagestufen mit dem Budget 2013 nicht vergleichbar, die effektiven Zahlen aus dem Jahr 2012 sind jedoch vergleichbar. Das Ziel der Übung ist eine bessere Einsicht in die Kosten der einzelnen Leistungsbereiche der Gemeinde. Es wird in den nächsten Jahren am Gemeinderat liegen, dieses Tool zu einem Steuerungsinstrument auszubauen.

Wir haben eben den Planungsbericht des Gemeinderates über die Aktivitäten 2014 diskutiert und uns auch schon kurz über das Thema der wirkungsorientierten Verwaltungsführung unterhalten. Auch für die GPK ist die bevorstehende Prüfung und Umstellung auf die wirkungsorientierte Verwaltungsführung ein wichtiges Thema. Mittelfristig werden wir uns, wenn wir das Budget besprechen, nicht mehr so sehr mit einzelnen Kostenstellen und Aufwandarten befassen, sondern überlegen, welche Leistungen, welche administrative Einheit zu welchem Preis erbracht werden soll. Um das beurteilen zu können, sind Leistungskennzahlen nötig und auf diese werden wir vermehrt Wert legen und haben in dem Zusammenhang schon in zwei Bereichen, Kirchfeld und schulergänzende Leistungen, die Zusatzkennzahlen eingefordert und uns wurde zugesichert, dass diese inskünftig auch in das Budgetdokument eingearbeitet werden. Das Einarbeiten von Leistungskennzahlen führt natürlich zu einer Verlängerung des Budgetdokumentes kurzfristig. Wir sind aber der Meinung, dass eine intensivere Befassung mit Leistungskennzahlen, und nicht so sehr mit Aufwand und Ertrag, sehr sehr wichtig ist und zielführend als Vorbereitung auf die Umstellung zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung.

Die Investitionsrechnung wurde geprüft und gab zu keinen wesentlichen Feststellungen Anlass. In einigen Fällen zeigt sich, dass die Abgrenzung zur laufenden Rechnung nicht ganz konsequent erfolgt. Dies ist verbesserungsfähig. Die GPK wird hierzu einen Antrag stellen.

Aufgrund der ausserordentlichen Einnahmenereignisse der Jahre 2012 und 2013 präsentieren sich die Finanzkennzahlen sehr positiv. Sorgenkind wird die Selbstfinanzierung bleiben. Auch in absehbarer Zukunft kann die Gemeinde hier die kantonalen Vorgaben nicht oder nur knapp erreichen.

Die GPK dankt allen Beteiligten und ist für Eintreten und Annahme des Budgets, Genehmigung des Steuerfusses und des Steuerrabattes im Sinne der Anträge des Gemeinderates.

Eintreten BVK

Die BVK hat die Bau- und verkehrsrelevanten Konten des Budgets 2014 eingehend beraten. Wir konnten feststellen, dass die einzelnen Positionen gut dokumentiert und entsprechend kommentiert aufgezeigt sind. Einzelne Punkte gaben zu Diskussionen Anlass, z.B.:

- Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass Strassengenossenschaften vermehrt vom Anspruch auf Gemeindebeiträge an den Strassenunterhalt gemäss Strassenreglement Gebrauch machen, was natürlich die Rechnung belastet resp. belasten wird.
- Beim Wasserbau wurde über die Sofortmassnahmen für die Sanierung der Ufermauern im Betrag von 80'000 Franken diskutiert.
- Weiter bedurfte es einer Erklärung zu den Kosten für den Ersatz und Einbau der neuen Wasserzähler im Betrag von 58'000 Franken.
- Erfreut waren wir über die Vorgehensweise des Tiefbaudepartements beim vorgezogenen Unterhalt der Hydranten, da künftig diese Arbeiten nicht mehr durch die Gebäudeversicherung subventioniert werden. Das weitsichtige Handeln dieses Bereiches führte in der Rechnung 2012 zu einem Ertrag von 191'177 Franken. Der Budgetbetrag musste folglich für das 2014 zurückgenommen werden.
- Die Recherchen der BVK bei der Siedlungsentwässerung haben gezeigt, dass Bund und Kanton rund 22'500 Franken in die Gemeindekasse für Abwassergrundgebühren spülen.
- Diskutiert wurde auch die Position für die Teilrevision der Ortsplanung. Im Zusammenhang mit dem am 1. Januar 2014 in Kraft tretenden neuen Planungs- und Baugesetz führt dies in den kommenden Jahren zu mehr Aufwand.
- Vom Gemeinderat Robert Odermatt mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass bisher die Liegenschaften nur verwaltet und nur zu einem kleinen Teil bewirtschaftet wurden. Er begründete vor diesem Hintergrund die Anhebung der Stellenprozentage auf 160 % in der Liegenschaftsverwaltung, was natürlich nachvollziehbar, aber nicht zwingend tolerierbar ist. Unter dem Wissen, dass hier noch Reserven ruhen, gilt es künftig, diese gewinnbringend zu aktivieren.
- Aufgezeigt wurden uns grössere Investitionen zu Schulgebäuden, die es gilt, zeit- und kosteneffizient umzusetzen und nicht wie beim Gemeindehaus, in die Länge zu ziehen. Da appellieren wir an den zuständigen Gemeinderat, das Projektmanagement straff und entsprechend effizient zu führen.
- Zu den Nettokosten nach Bereichen der Kostenrechnung haben wir erfreut zur Kenntnis nehmen können, dass diese für den Verkehr stetig rückläufig sind und entsprechend tiefer budgetiert wurden.

Für die BVK ist es wichtig, dass nach wie vor "schwäbisch" sparsam mit dem vorhandenen Geld umgegangen und nicht mit der grossen Kelle angerichtet wird. Dem Gemeinderat und den beteiligten Mitarbeitenden gehört an dieser Stelle unser Dank für die geleisteten Arbeiten. Die BVK ist für Eintreten und Zustimmung zum Budget 2014.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Eintreten GSK

Die Gesundheits- und Sozialkommission hat das Budget 2014 beraten und die für die Kommission relevanten Themen diskutiert. Die aktuellsten Themen, in denen für die GSK in Zukunft am meisten Bewegung sein wird sind:

- Pflegefinanzierung
- Kirchfeld, Haus für Betreuung und Pflege
- Wohnwesen
- Familie plus
- Altersbetreuung
- Jugendanimation und –förderung.

Die Liste ist nicht abschliessend und sieht je nach Sicht für die Zukunft auch ein wenig anders aus.

Im Budget 2014 differieren die Beträge, die die GSK geprüft hat, im Vergleich zu 2013 nicht gravierend. Die Veränderungen sind nachvollziehbar und Fragen wurden vom Gemeinderat beantwortet.

Ein paar Themen aus dem Budget möchten wir hervorheben, z.B.

- Pflegefinanzierung: Wir wissen aus der Bearbeitung vom B+A Nr. 1506, Altersleitbild, wie sich in Horw die Altersstruktur in Zukunft entwickeln wird. Wir sind also gefordert, qualitative und kosteneffiziente Lösungen zu finden und diese im Aufgaben- und Finanzplan zu bearbeiten. Mit dem Leitbild ist ein erster Schritt getan, der zweite folgt jetzt mit dem Projekt "Wohnen im Alter".
- Kirchfeld: Die Frankenzahlen sind im Vergleich relativ stabil. Auf Fragen zum Kirchfeld 2, das bekanntlich saniert werden muss, müsste im Projekt "Wohnen im Alter" eine Antwort kommen und erste Ideen geliefert werden.
- Über Kosten und Wirkung vom Medikamentenmanagement werden wir mit der Motion Nr. 279 eine Antwort erhalten.
- Bei Familie plus hat sich gezeigt, dass der Bedarf gestiegen ist. Es konnten zum Teil nicht alle Familien bedient werden und wir begrüssen sehr, dass eine Investition getätigt wurde.
- Jugendanimation und -förderung: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, auch vom Einwohnerrat her aktiv zu sein, schliesslich sind die Jugendlichen Wähler von morgen. Das ist nicht explizit ein Gesundheitsthema, aber es soll Sie bitte alle interessieren.

Die Gesundheits- und Sozialkommission ist einstimmig für Eintreten und Annahme vom Budget 2014.

Eintreten CVP

Mit dem budgetierten Defizit von rund einer Mio. Franken bewegen wir uns im Rahmen des Finanz- und Aufgabenplanes 2014-2019. Wir sind also auf Kurs.

Dass wir jetzt noch in die glückliche Situation eines Sonderertrages bei den ordentlichen Steuern kommen, darf uns nicht davon abhalten, weiterhin grossen Wert auf die Ausgaben- und Budgetdisziplin zu legen.

In diesem Sinne erachtet es die CVP-Fraktion als richtige Massnahme, diese Sondererträge in einen noch zu bildenden Steuerausgleichsfonds fliessen zu lassen, mit welchem künftig Steuerrabatte oder auch Steuerfussenkungen zugunsten aller Steuerzahler finanziert werden können.

Hannes Koch (L20)

Urs Manser (CVP)

Hinsichtlich der Ausgaben sind uns unter anderem die Kostensteigerungen im Sozial- und Gesundheitsbereich und die zusätzlichen Stellenprozente im Stellenplan besonders ins Auge gestochen. Auch wenn nach einigen Diskussionen und Nachhaken die Notwendigkeit von Stellenprozentenerhöhungen nachvollziehbar ist, wünschen wir uns in dieser Sache doch mehr Transparenz und fundiertere Analysen und Begründungen.

Auf der Einnahmenseite haben wir den Eindruck, dass zum Teil sehr konservativ budgetiert wird. Zudem erscheinen uns die Erträge aus den Liegenschaften als eher bescheiden. Wir hoffen sehr, dass durch die Aufstockung um eine Stelle bei den Immobilien eine Professionalisierung erreicht wird und somit künftig höhere Erträge generiert werden können.

Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf den B+A Nr. 1510 Budget 2014. Wir werden in der Detailberatung zu den erwähnten, einzelnen Budgetpositionen Klärungsfragen haben und Anträge stellen.

Eintreten L2O

Das Luzernerland ist geprägt von Defiziten und lokalen Steuererhöhungen. In den Jahren 2012/13 musste ein Viertel der Gemeinden des Kantons Luzern die Steuern erhöhen. In der NZZ konnte man zum Kanton Luzern nachlesen, dass die Steuereinnahmen von juristischen Personen um 34 % zurückgegangen sind. Auch im nächsten Jahre werden damit wieder viele Gemeinden die Steuern erhöhen müssen, es betrifft 41 % der Luzerner Bevölkerung. Die Ursache ist allen bekannt: Die Reduktion der Steuern, vor allem der Unternehmensteuer, hat nicht das gebracht, was die, die dies durchgesetzt haben, versprochen haben. Die Firmen, die gekommen sind, werden wieder wegziehen wie die Schwalben im Herbst, wenn die Steuersonne an einem anderen Ort wärmer scheint.

Auf kantonaler Ebene jagt ein Sparpaket das andere, fünf hintereinander. Die Gemeinden – schon von Anfang an übermässig belastet durch Zuschreibung von Aufgaben (Pflegefinanzierung, Kindes- und Erwachsenenschutzrecht) – sind das letzte Glied in der Kette.

Warum erzähle ich dies gerade jetzt? Es gibt ja noch ein paar Sterne am dunklen Himmel, wo die Steuereinnahmen wahrhaftig zunehmen und man die Mindereinnahmen damit kompensieren konnte. Horw zählt dazu. Ob dies wegen der kantonalen Steuerstrategie ist oder ob das auch sonst so gewesen wäre, wird man nie mehr feststellen können. Wahrscheinlicher ist, dass die gute Lage und der sich dadurch ergebene tiefe Steuersatz das verursacht haben. Jetzt wird uns für 2013 noch eine wirklich ausserordentliche Steuereinnahme versprochen. Es soll alles mit rechten Dingen zugegangen sein und es hat keinen – aber auch wirklich gar keinen – Zusammenhang mit der Steuerpolitik des Kantons.

Diese beiden Aspekte, Ungleichverteilung des Steuereinbruches und ausserordentliche Einnahme, haben die L2O angeregt, nachdem wir natürlich zuerst das Budget ausführlich durchgegangen sind, aber keine riesigen unerwarteten Entwicklungen feststellen konnten, ausser bei der Stellenaufstockung im Immobilienbereich – aber das ist ein anders Thema.

Wir fragen uns, wenn es Horw so gut geht, langfristig, wie könnte man das sichern? Wie bleibt Horw auch zum Wohnen attraktiv? Wie könnte man die Verlierer dieser Politik unterstützen?

Konrad Durrer (L2O)

Ein paar Ideen sind uns durch den Kopf geschossen. Man könnte z.B. der Stadt Luzern helfen, die Strassen für den öV von und nach Luzern freizuhalten, z.B. mit einem Zustupf für die dafür notwendigen Anpassungen der Pilatusstrasse/Bundesplatz. Oder man könnte es an Gemeinden verteilen, die durch sinkende Steuereinnahmen bedürftig werden. Es gäbe dann so etwas wie den "Horwer Solidaritätsfond für arme Gemeinden" statt den "Horwer Steuerdiscount-Fond". Oder mit einem einmaligen Beitrag an die Tiefbahnhofplanung. Oder dem Kanton ermöglichen, die Schulen nicht zu schliessen. Das gäbe doch eine tolle Schlagzeile: "Horw hilft dem Kanton, dass die Schulen nicht Zwangsferien machen müssen".

Dies waren ein paar Ideen, die wir jedoch nicht beantragen werden. Die Ideen, die wir aber beschlossen haben, werden wir Ihnen als Anträge vorbringen. Wir rechnen mit Ihrem Gemeinsinn, Ihrer Solidarität und zählen auf Ihr Verständnis. Zum Schluss dankt die L2O den verantwortlichen Stellen für die gründliche Erarbeitung des Budgets und die prompte Lieferung von zusätzlichen Informationen. Wir sind für Eintreten.

Eintreten FDP

Das budgetierte Minus fällt mit rund 1 Mio. Franken mehr oder weniger analog dem Vorjahr aus. Der Grund ist, dass zusätzlich budgetierte Sondersteuern eingerechnet wurden. In den Jahren 2011 und 2012 konnten die Jahresrechnungen schlussendlich dank Sondersteuern positiv abschliessen. Ein eher konservatives Budgetieren ist für die FDP grundsätzlich in Ordnung. Auch für das Jahr 2014 ist weiterhin mit einer Kostensteigerung bei den Pflegekosten, Kindes- und Erwachsenenschutz und Integrative Förderung bei den Schulen zu rechnen. Leider ist auch hier den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern selten bewusst, welche finanziellen Folgen eine Annahme von Gesetzesänderungen hat. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass man das stets thematisiert, denn so kann es nicht weitergehen. Notabene haben die Kostensteigerungen nichts zu tun mit der Unternehmenssteuer, die der Kanton gesenkt hat, wie das Vorredner gesagt hat.

Personell ist für 2014 einiges angesagt. Die Stellen wurden vom Gemeinderat gründlich analysiert. Einerseits werden neue Stellen geschaffen, sei es durch Vorgaben vom Kanton, wie z.B. Tagesbetreuung, die mehr Aufwand verursachen wird, für eine bessere Bewirtschaftung von Kernaufgaben oder durch Wachstum der Wohnbevölkerung. Andererseits zeigt sich die Gemeinde Horw auch bei der allgemeinen Lohnanpassung von 1 % recht grosszügig, denn beim Kanton beträgt diese 0 %. Nach wie vor werden im Budget Anpassungen vorgenommen, z.B. interne Verrechnungen, die den Vorjahresvergleich erschweren. Den Mehrwert der Umlagen hoffen wir baldmöglichst auch zu sehen.

Die anstehenden Bauvorhaben, wie Gemeindehaus, nach der Abstimmung voraussichtlich das Oberstufenschulhaus und auch allgemeine Schulhäusererweiterungen und Planungen, wie "horw mitte" werden leider vermehrt durch externe Unterstützung bearbeitet. Das schlägt sich auch namhaft auf das Budget 2014 nieder. Es stellt sich die Frage, ob nicht doch alles zu viel auf einmal war und bei gewissen Projekten dürfte man sicher einen Gang tiefer schalten.

Bei einigen Positionen wird mit der grossen Kelle angerichtet, sei es bei der Raumplanung, Gestaltungskonzepten oder Entwicklungsplänen oder beim Qualitätsmanagement Schule, für das bereits im Vorjahr ein Kredit gesprochen wurde. Da dürfte man konsequenter das Notwendige vom Wünschbaren trennen. Durch die Konzentration bei den Investitionen, teilweise durch Aufschub aus den Vorjahren und auch durch Volksabstimmungen, ergibt sich eine grosse Summe. Eine Realisierung von einzelnen Objekten könnte den Investitionsstau lösen, so dass bei der Substanz und beim Unterhalt der Horwer Immobilien Kontinuität gewährleistet ist.

Urs Rölli (FDP)

Die spezielle Konstellation bezüglich Steuerrabatt von 0.05 Einheiten ist für die FDP nachvollziehbar und wir können den Antrag unterstützen. Somit ist auch in Zukunft der nötige Spielraum gewährleistet.

Die FDP-Fraktion stellt zu einzelnen Budgetpositionen Anträge und ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1510.

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion nimmt zum Bericht und Antrag wie folgt Stellung: Rundum sind die Budgets defizitär, man schnürt allorts Sparpakete und Steuererhöhungen haben sich vielerorts in der politischen Agenda breit gemacht. Nicht so in Horw! Die Gemeinde Horw rechnet mit einem Defizit von 1 Mio. Franken. Es kann aber aus dem vorhandenen Eigenkapital gedeckt werden. Trotzdem möchte die SVP-Fraktion darauf hinweisen, dass ein strukturelles Defizit von 1 Mio. Franken immer noch vorhanden ist und deshalb sei der Vermerk erlaubt, dass alles daran gesetzt werden muss, dieses Defizit in naher Zukunft auszugleichen. Es kann und darf nicht sein, dass man sich auf den Lorbeeren der Ersparnisse ausruht unter dem schlichten Gefühl, es geht ja schon etwas besser. Das Ziel muss sein, dass in den kommenden Jahren Steuersenkungen möglich werden. Mit der Zunahme industrieller Unternehmungen und dem Bevölkerungszuwachs, im Zusammenhang mit den riesigen Bauvorhaben in Horw, muss es möglich sein, sich mittel- bis langfristig den Steuersätzen von Meggen angleichen zu können. Ein erster Ansatz macht sich bereits bemerkbar bei den ausserordentlichen Steuererträgen, welche mit einem Steuerrabatt von 0.05 Einheiten im Jahr 2014 den Steuerzahlern von Horw weitergegeben werden können.

Das eingangs erwähnte strukturelle Defizit wird hauptsächlich durch drei Aufwandsposten begründet, nämlich mit dem Personalaufwand von 38 Mio., den Bildungskosten von rund 21 Mio. und den Aufwänden im Sozialbereich von 14 Mio. Franken. Bei genauerem Hinblick wären durchaus noch Sparmöglichkeiten vorhanden.

Was der SVP-Fraktion tief im Hals steckt, ist die teilweise intransparente buchhalterische Darstellung im Budget 2014, unter den Begriffspunkten "interne Leistungsverrechnung" oder "interne Verrechnungen". Wir erwarten, dass in Zukunft solche internen Verrechnungen detailliert dargestellt werden. Einerseits wird das Verständnis und die Lesbarkeit der einzelnen Positionen massiv erleichtert und andererseits könnten allfällige Vorwürfe eventueller verdeckter Positionen von der Hand gewiesen werden. Zu gegebenem Zeitpunkt wird die SVP-Fraktion einen Antrag auf Bemerkung stellen.

Trotz dem strukturierten Defizit stellen wir fest, dass eine immense Arbeit hinter dem 157-seitigen Budgetbericht steckt. Sie wurde, trotz unserer sachlichen darstellerischen Kritik, kompetent ausgeführt. Dafür dankt die SVP-Fraktion dem zuständigen Gemeinderat und dem Leiter der Finanzen. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für den Voranschlag 2014 der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung.

Ich danke Ihnen für die positive Würdigung des Budgets 2014 durch die Kommissionen und Fraktionen. Gerne leite ich Ihren Dank an den hier im Saal anwesenden Leiter Finanzen, Herrn Meinrad Hermann, und an die Budgetverantwortlichen weiter.

Vorweg kann ich Ihnen bekanntgeben, dass das Budget nach heutigem Kenntnisstand eine leichte Verbesserung erfährt. Wie wir auf indirektem Weg erfahren haben, verzichtet der Kanton Luzern im Jahr 2014 auf weitere Sanierungsmassnahmen zugunsten der Luzerner Pensionskasse. Dies hat für unsere Gemeinde zur Folge, dass die Personalversicherungsbeiträge bei den Lehrpersonen, die nach kantonalem Recht angestellt sind, um 120'000 Franken tiefer ausfallen. Sie finden den Zusammenzug des entsprechenden Kostenträgers auf S. 56 unter der Kostenart 304. Dieser findet sich dann verteilt auf die detaillierten Kostenträger auf den S. 57 ff.

Jörg Conrad (SVP)

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Zu den Eintretensvoten der Kommissionen und Fraktionen nehme ich wie folgt Stellung: Die Kostenrechnung ist kein Selbstzweck. Wir möchten tatsächlich im Sinne der Vorredner die KORE vermehrt als Steuerungsinstrument verwenden, gerade auch im Hinblick auf eine allfällige Einführung von Leistungsauftrag und Globalbudget.

Die Budgets werden nicht, wie vermutet, jeweils einfach fortgeschrieben. Vielmehr liegt es in den Händen der einzelnen Budgetverantwortlichen, dass sie ihre Budgets genau prüfen und Jahr für Jahr anpassen. Fallweise kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass eine Budgetposition einfach fortgeschrieben wird.

In der Tat budgetieren wir eher etwas konservativ. Das soll uns vor negativen Überraschungen schützen. Stellen Sie sich vor, wie Sie reagieren würden, wenn wir bewusst zu optimistisch budgetieren und nachher die Vorgaben nicht erfüllen. Sie würden uns wohl zu Recht rügen.

Die Gemeinde Horw zeigt sich durchaus solidarisch mit denjenigen Gemeinden, die finanziell schlechter dastehen. Ich erinnere daran, dass wir nicht unerhebliche Beiträge an den kantonalen Finanzausgleich zahlen, der den fairen Lastenausgleich zum Ziel hat. Dieser Finanzausgleich wird regelmässig auf seine Wirkung hin überprüft und es zeichnet sich ab, dass die Gemeinde Horw gerade im Hinblick auf die erneut verbesserte Finanzlage vermehrt zur Kasse gebeten wird.

Der Anstieg des Personalaufwands um 1 % ist im Hinblick auf die Lohnrunde beim Kanton zu relativieren. Der Kanton hat zwar keinen Lohnsummenzuwachs budgetiert, dennoch stellt er seinen Angestellten eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 0.5 % in Aussicht. Diese will er über den Mutationsgewinn bei Personalwechseln finanzieren. Wir können in der Gemeinde nicht mit einem regelmässigen Mutationsgewinn rechnen. Dafür ist die Zahl der Angestellten der Gemeinde zu klein.

Im Weiteren gebe ich zuhänden der eher pessimistisch eingestellten Ratsmitglieder zu bedenken, dass wir in der Budgetierungsphase sind und ein Defizit im Rahmen des Budgets 2014 prognostizieren. Diese Prognosen sind im Rahmen einer gewissen Bandbreite immer mit Unsicherheiten behaftet. Tatsächlich haben wir trotz budgetierter Defizite in den vergangenen zwei Jahren die Laufenden Rechnungen mit Überschüssen abgeschlossen.

Noch ein Wort zu den internen Verrechnungen: Wir verstecken nichts bei den internen Verrechnungen, sondern das ist alles transparent bei den Vorkostenstellen ausgewiesen. Aber wir kommen vielleicht bei der Detailberatung dazu, wenn Sie mir sagen, wo Sie etwas Verstecktes orten.

Detailberatung

Mehrausgaben im Handlungsbereich der Gemeinde, S. 5

Die Abteilungen Steuern und Informatik geben an, wie viele Stellenprozente sie beantragen. Leider fehlt das bei Familie plus, dort steht nur: "... muss zusätzliches Personal beantragt werden". Meine Frage ist, um wie viele Stellenprozente es sich handelt.

Es sind aufgrund des Bedarfs 50 % für den Kids-Treff, 10 % bei der Tageselternvermittlung und 64 % bei den Spielgruppen geplant.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Oskar Mathis (L20)

3 Laufende Rechnung nach Arten, S. 9

Die internen Verrechnungen waren auch in der GPK ein Thema. Diese sind mit 26 Mio. Franken Ausgaben und 26 Mio. Franken Einnahmen ausgewiesen. Aufwand und Ertrag gleichen sich aus. Vielleicht als Hinweis an die SVP: Was sich als Definition ausgleicht, kann man nicht verstecken, man muss sich da keine Sorgen machen. Was man anschauen muss, sind die oben stehenden Primäraufwendungen. Diese sind alle einzeln mit der entsprechenden Nummer auf jeder Kostenstelle individuell nachvollziehbar. Weil wir das Problem in der GPK aber auch gesehen haben, haben wir diskutiert, die Positionen in der Aufstellung inskünftig wegzulassen, so dass nur noch der Primäraufwand und der Primärertrag ausgewiesen wird, denn die Umlagen sagen nichts aus.

Markus Bider (CVP)

3.1 Personalaufwand, S. 9

Die L2O stellt zu Konto 301 einen Antrag. In den vergangenen Jahren musste das Personal schon ab und zu den Spardruck spüren. Jetzt steht die Sanierung des Gemeindehauses vor der Tür und das wird vom Personal zusätzliches Engagement erfordern. Als Wertschätzung dafür soll dem Personal ein Betrag von 80'000 Franken zukommen. Der Antrag lautet wie folgt: "Dem Personal ist ein einmaliger Wertschätzungsbeitrag von 400 Franken pro Kopf, im Verhältnis zu den Stellenprozenten, zu entrichten. Zahlung mit dem Juni-Lohn.

Heiri Schwegler (L2O)

Ich möchte Sie bitten, den Antrag aus folgendem Grund abzulehnen: Es ist tatsächlich so, dass das Personal nächstes Jahr mehr belastet wird, aber das ist bei jeder privaten Firma auch so, wenn sie umzieht oder renoviert. Das gibt einen Zusatzaufwand, aber es gibt auch einen Gegenwert, denn man bekommt nachher einen verbesserten Arbeitsplatz, es wird ein besseres Gemeindehaus geben, bessere Abläufe und daher auch einen indirekten Mehrwert für das Personal.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Abstimmung:

Antrag der L2O: "Dem Personal ist ein einmaliger Wertschätzungsbeitrag von 400 Franken pro Kopf, im Verhältnis zu den Stellenprozenten, zu entrichten. Zahlung mit dem Juni-Lohn."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Der Antrag wird mit 7:20 Stimmen, keine Enthaltungen, abgelehnt.

3.7 Einträge Beiträge, S. 12

Mit unglaublicher Wucht ist der Taifun mit 350 Stundenkilometern über die Inselgruppe der Philippinen hinweggefegt und hat eine grosse Schneise der Verwüstung hinterlassen. In dem Gebiet wurden bis zu 80 % der Dörfer beinahe vollständig zerstört. Die vorläufige Bilanz der Naturkatastrophe ist erschütternd, eine humanitäre Katastrophe. Wir alle haben Bilder im Kopf, die tief bewegen und betroffen machen.

Rita Wyss (L2O)

Die L2O macht zum Budgetposten 365, Beiträge an private Institutionen, folgenden Antrag: "Die Gemeinde Horw spendet pro Einwohner und Einwohnerin je 1 Franken. Das ergibt einen Betrag von total 13'554 Franken. Der Betrag soll anfangs Januar an die Glückskette überwiesen werden." Das Geld ist bestimmt gut investiert und hilft Menschen in existenzieller Not.

Für solche Aktionen haben wir jeweils 10'000 Franken budgetiert. Für 2013 ist das Geld noch nicht vergeben und wir könnten so den Budgetposten in Ihrem Sinn erhöhen und noch dieses Jahr realisieren. Aus diesem Grund kann auf eine Budgeterhöhung für das Jahr 2014 verzichtet werden.

Oskar Mathis (L2O)

Schön, dass es bereits in diesem Jahr möglich ist, der Glückskette das Geld zu überweisen. Ich ziehe somit meinen Antrag zurück.

Rita Wyss (L2O)

3.12 Entgelte, S. 14

Wir versuchen, Ihnen Ideen zu unterbreiten, wie wir unser Geld sinnvoll bzw. anders sinnvoll einsetzen können. Unter der Position Entgelte haben wir die Position 433, Schulgelder, und da geht es um die Jugendförderung. Unser Antrag lautet: "Auf die Musikschulgelder soll im Rahmen von 50'000 Franken ein einmaliger Rabatt auf die Preise der Schülerinnen und Schüler (ohne Erwachsene) gewährt werden." Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Hannes Koch (L20)

Ich komme mir vor wie bei einer Weihnachtsveranstaltung. Wir sind hier bei der Budget- und nicht bei einer Geschenkdebatte.

Ulrich Nussbaum (FDP)

Es geht um das Geld, das wir haben, und wie dieses eingesetzt werden soll. Das ist das Thema und es ist keine Weihnachtsveranstaltung. Hier können wir das Geld einmalig investieren und schauen, ob sich das bewährt und ob wir das nächste Jahr weiterführen wollen. Von daher soll das bitte ernst genommen werden.

Hannes Koch (L20)

Herr Koch, meinen Sie mit "Preise" die Schulgelder oder Preise, die an Wettbewerben gewonnen werden?

Jörg Conrad (SVP)

Es geht um die Preise, die die Kinder für die Musikschule zahlen müssen.

Hannes Koch (L20)

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir bei der Musikschule betreffend Schulgeldern sehr gut aufgestellt sind. Wir haben gerade kürzlich einen Vergleich gemacht und Horw ist eine der Gemeinden mit den tiefsten Schulgeldern. Zusätzlich gewähren wir noch Familienrabatte und auch Erlasse, wenn die wirtschaftliche Situation sehr schlecht ist. Von daher dürfen wir durchaus die Budgetdisziplin weiterführen.

Markus Hool (FDP)

Abstimmung:

Antrag der L20: "Auf die Musikschulgelder soll im Rahmen von 50'000 Franken ein einmaliger Rabatt auf die Preise der Schülerinnen und Schüler (ohne Erwachsene) gewährt werden."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Der Antrag wird mit 7:20 Stimmen, keine Enthaltungen, abgelehnt.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, das Geld gut zu verwenden. Eine Idee ist z.B. auch gewesen, die Raum-Benutzungsgebühren für Non-Profit-Organisationen zu unterstützen.

Hannes Koch (L20)

3010 Departemente, S. 18

Unter dieser Position läuft ein Grossteil vom gemeindeeigenen Personal und darum ist das jetzt die richtige Stelle, um auf die beantragte Erhöhung des Personalbestandes zurückzukommen.

Markus Bider (CVP)

Die Aufstockung bei den Immobilien wurde bereits verschiedentlich angesprochen und für mich ist im Prinzip nachvollziehbar, warum das notwendig ist. Ich erinnere mich aber auch an Aussagen aus dem Gemeinderat, als wir frühere Finanz- und Aufgabenpläne diskutiert haben und gefragt wurde, ob Horw das Wachstum verkraften kann bzw. was mehr an Infrastruktur und Dienstleistungen bereitgestellt werden müsse, wenn die Gemeinde wächst. Damals wurde uns gesagt, das sei kein Problem, laufe wunderbar und man habe das im Griff. Jetzt ist die Gemeinde noch nicht gewachsen und schon musste der Personalplafond aus nachvollziehbaren Gründen erhöht werden.

Ich stelle einen Antrag, dass die Plafondserhöhung im Bereich Immobilien, in Anerkennung eines momentanen Engpasses und in Anerkennung der Notwendigkeit einer Verbesserung, für drei Jahre befristet wird. Dies zur Abarbeitung der Pendenzen und zum Studium allfälliger Optimierungsmöglichkeiten und wenn die drei Jahre abgelaufen sind, kann im Rahmen der Budgetdebatte wieder begründet werden, wofür die Stellenprozente notwendig sind. Der Antrag lautet wie folgt: "Die beantragte Erhöhung des Stellenplafonds für die Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Immobilien soll vorerst auf drei Jahre befristet werden."

Ich möchte vom Gemeinderat noch wissen, ob im Bereich Immobilien in nächster Zeit Pensionierungen vorgesehen sind bzw. ob man dann darauf zurückkommen kann, ob man die Stelle neu besetzen möchte oder nicht.

Urs Röllli (FDP)

Herzlichen Dank, dass Sie im Grundsatz den Bedarf der 60 zusätzlichen Stellenprozente erkannt haben. In ca. vier Jahren steht die Pensionierung von Herrn Bruno Imgrüt an. Selbstverständlich ist spätestens dann der Zeitpunkt gekommen, die Stelle möglicherweise nicht mehr oder nicht mehr voll zu ersetzen. Aus dem Grund bitte ich den Antragsteller, seinen Antrag von drei auf vier Jahre zu ändern.

Robert Odermatt (SVP)

Das macht absolut Sinn, eine Befristung auf vier Jahre ist selbstverständlich auch gut und dient dem gleichen Ziel.

Markus Bider (CVP)

Abstimmung:

Antrag von M. Bider: "Die beantragte Erhöhung des Stellenplafonds für die Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Immobilien soll vorerst auf vier Jahre befristet werden."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Dem Antrag wird mit 22:0 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, zugestimmt.

3201 Schulpflege, S. 20

Bei der Position 318, Dienstleistungen und Honorare, haben wir letztes Jahr eine grössere Summe bewilligt und es hat geheissen, dass es eine einmalige und keine wiederkehrende Sache sei. Jetzt wurden wieder 60'000 Franken für das Qualitätsmanagement Schule budgetiert. Mich würde interessieren, was die Position alles beinhaltet und wie die Summe zu rechtfertigen ist.

Reto Eberhard (SVP)

Sie haben bereits im Jahresprogramm gesehen, dass die Schulpflege und damit die Volksschule ein Qualitätsmanagement aufbaut. Wir haben letztes Jahr ein sog. Self-Assessment durchgeführt und das hat gezeigt, in welche Richtung man gehen muss. Es wurden insgesamt 87 Verbesserungspunkte eruiert und von da an wurde dann das Projekt strukturiert und in verschiedene Teilprojekte aufgeteilt. Die Zielsetzungen konnten Sie dem Jahresprogramm entnehmen. Dass so eine Arbeit nicht nur mit internen Ressourcen gemacht werden kann, wissen glaube ich alle, die schon einmal ein Qualitätsmanagement auf die Beine gestellt haben. Der Betrag beinhaltet primär die benötigten externen Ressourcen, um ein funktionierendes System zu erhalten.

Markus Hool (FDP)

Ist das mit dem Betrag abgeschlossen oder gibt es dazu nächstes Jahr wieder einen Budgetposten?

Reto Eberhard (SVP)

Ich kann nicht 100-prozentig ausschliessen, dass noch etwas kommt. Ich kann aber sagen, dass die drei aufgegleisten Teilprojekte den grossen Teil von dem System beinhalten und somit auch den grossen Teil der anfallenden Kosten.

Markus Hool (FDP)

3202 Schulleitung und -verwaltung, S. 21

Wir haben jetzt hier eine interne Verrechnung, zu der ich bei meinem Eintreten ausgeholt habe, und zwar die Position 395. Wir haben im Budget 429'000 Franken, 2012 waren es 28'506 Franken. Die Art von Budgetierung ist für die Lesbarkeit und das Verständnis sehr schwer. Herr Jung, ich habe ein falsches Wort benutzt, es geht nicht ums Verstecken, aber es geht um ein mulmiges Gefühl, das man hat, man sucht, man ruft Kollegen an usw. Zum Erarbeiten ist es einfach nicht transparent und ich möchte folgenden Antrag auf Bemerkung stellen: "Die SVP-Fraktion wünscht, dass ab Budget 2015 interne Verrechnungen und interne Leistungsverrechnungen bei allen Positionen detailliert ausgewiesen werden."

Jörg Conrad (SVP)

Es ist tatsächlich so, dass wir zwischen der Rechnung 2012 und dem Budget 2014 eine grosse Differenz haben. Wir sind aber immer noch dabei, KORE anzupassen und wir sind immer noch am Finden der richtigen Verteilung. Insofern können Sie die Rechnung 2012 und das Budget 2014 nicht miteinander vergleichen.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Vorweg gilt es zu bemerken, dass die internen Verrechnungen nicht bei den Kostenträgern budgetiert werden, sondern auf Stufe Kostenstelle, z.B. 3010 Departemente. Nehmen wir das Beispiel Löhne: Konkret bedeutet dies, dass Sie beispielsweise die Löhne bzw. den umgesetzten Stellenplan auf der Stufe Departemente finden. Diese Lohnsumme wird dann gemäss Leistungserfassung auf die einzelnen Kostenträger verteilt. Diese Art der Kostenverteilung ist wesentlich genauer als bei der Budgetierung in früheren Jahren. Die internen Verrechnungen auf Stufe Kostenträger sind also ausschliesslich die verteilten Kosten der Kostenstelle Departemente. Es bleibt letztlich budgetneutral. Wenn Sie z.B. sparen wollen, müssten Sie das Budget auf Stufe Kostenstelle Departemente verändern und nicht auf Stufe Kostenträger. Denn wenn Sie auf Stufe Kostenträger etwas ändern, ändern Sie nur den Verteilschlüssel. Das Ganze bleibt jedoch budgetneutral.

Wenn wir nun das Budget, das wir Ihnen aushändigen mit den detaillierten internen Verrechnungen anreichern, wird die Übersichtlichkeit leiden. Darum bitte ich Sie, den vorliegenden Antrag abzulehnen. Wir können Ihnen im Gegenzug anbieten, das detailliertere Budget mit den internen Verrechnungen, so wie es die GPK erhält, auf dem Sharepoint aufzuschalten, so, dass die wirklich Interessierten dort nachschauen können.

Ich halte das für einen guten Vorschlag und ziehe deshalb meinen Antrag zurück.

Jörg Conrad (SVP)

230123 Schulhaus Spitz, S. 29

Ein Hinweis: Die Liegenschaftserträge, Positionen 427 (Fr. 18'800) und 434 (Fr. 25'000) sind zu hoch. Der richtige Betrag ist 5'000 Franken insgesamt. Korrigieren muss man das nicht, denn es ist unbedeutend.

Markus Bider (CVP)

230125 Horwerhalle, S. 31

Eine Frage zur Kostenart 314, Ersatz der Oberlichtfenstermotoren für 10'000 Franken: Wieso müssen diese bereits nach 10 Jahren ersetzt werden?

Urs Manser (CVP)

Die Motoren müssen ersetzt werden, weil sie kaputt sind, sehr störungsanfällig sind und zeitweise nicht mehr funktionieren. Ich muss aber ergänzen, dass die Motoren nicht 10-jährig sind, sondern ca. aus dem Jahr 1975 stammen. Bei der Erweiterung, die wir vor 10 Jahren gemacht haben, wurden die Motoren nicht ersetzt.

Robert Odermatt (SVP)

230126 Schulanlage Kastanienbaum, S. 32

Wir haben letztes Jahr einen B+A über die Sanierung der Heizung im Schulhaus Kastanienbaum bewilligt. Damals wurde uns in Aussicht gestellt, dass mit bedeutenden Einsparungen zu rechnen ist. Auf der Position 312 (Wasser, Energie, Heizmaterialien) ist der Effekt noch nicht sichtbar, weil uns der Budgetverantwortliche erklärt hat, dass die Erfahrungszahlen noch nicht vorliegen. Der Heizungsaufwand wird um ca. 6'000 bis 10'000 Franken tiefer ausfallen als budgetiert.

Markus Bider (CVP)

230129 Verschiedene Schulliegenschaften, S. 34

Der Erläuterung zu Position 311 (Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge) ist zu entnehmen, dass man ein Sandreinigungsgerät beschaffen möchte.

Markus Bider (CVP)

Uns wurde erklärt, dass ein Sandreinigungsgerät für das Beachvolleyballfeld und die Sandkästen in der Gemeinde notwendig ist und das rechne sich, weil die privaten Unternehmen, die das reinigen würden, teurer wären. Warum kann man nicht z.B. mit der Gemeinde Kriens und der Stadt Luzern zusammen so ein Sandreinigungsgerät beschaffen? Ich nehme nicht an, dass in Horw täglich Sandkästen gereinigt werden.

Eine gemeinsame Beschaffung mit Kriens und Luzern ist nicht geprüft worden. Die Situation ist, dass bisher das Beachvolleyballfeld einmal jährlich durch eine externe Firma gereinigt wurde. Die Kosten waren in jedem Fall über 5'000 Franken. Wenn wir jetzt ein Gerät für rund 25'000 Franken kaufen, können Sie sich selber ausrechnen, wann es abbezahlt ist. Wenn wir ein eigenes Gerät haben, können wir das auch an mehreren Orten einsetzen, z.B. im Seebad. Wenn Sie dem Budgetantrag zustimmen, wird von unserer Seite selbstverständlich eine E-Mail an unsere Nachbargemeinden Kriens und Luzern geschickt, in der wir die Beschaffung mitteilen. Kriens hat kein Sandreinigungsgerät und ich kann mir vorstellen, dass eine Zusammenarbeit entstehen kann.

Robert Odermatt (SVP)

Das Sandreinigungsgerät kostet 25'000 Franken. Gemäss Finanzverordnung der Gemeinde werden Beschaffungen von Anlagen und Fuhrpark über 20'000 Franken der Investitionsrechnung und nicht der laufenden Rechnung belastet. Die GPK stellt darum den Antrag, den Betrag aus der laufenden Rechnung herauszunehmen und in die Investitionsrechnung zu übernehmen.

Markus Bider (CVP)

Abstimmung:

Antrag der GPK, bei der Kostenstelle 230129, verschiedene Schulliegenschaften, bei der Position 311 (Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge) 25'000 Franken für das Sandreinigungsgerät herauszunehmen und in die Investitionsrechnung zu übernehmen.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Dem Antrag wird mit 25:0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt.

3. Fragestunde

anschliessend Weiterberatung Bericht und Antrag Nr. 1510

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass die Gesundheits- und Sozialkommission Herrn Hannes Koch als Vizepräsidenten bestimmt hat.

Jörg Conrad (SVP)

5101 Vormundtschaftswesen, S. 52

Bekanntlich haben die Änderungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches zum Erwachsenenschutzrecht seit dem 1. Januar 2013 erhebliche Mehrkosten für die Gemeinden zur Folge. Im Budget sieht man, dass wir 2013 einen Betrag von 1 Mio. Franken zulasten der Gemeinde budgetiert haben, für das Jahr 2014 sind es bereits 170'600 Franken mehr. Bei einer Steigerung von fast 20 % fürchte ich, dass wir in fünf bis sechs Jahren bereits 2 Mio. Franken an die regionale Erwachsenenschutzbehörde abgeben müssen. Ich möchte den Gemeinderat fragen, wie sich die erheblichen Beiträge von 600'000 Franken und 570'000 Franken für das Mandatszentrum zusammensetzen und ob weitere Kostensteigerungen auf die Gemeinde Horw zukommen.

Reto von Glutz (SVP)

Wir sind dem Verband, der die Beiträge festlegt, beigetreten. Bei der Budgetdebatte 2014 des Verbandes hat der Delegierte der Gemeinde Horw einen Antrag auf eine Budgetkürzung von 5 % gestellt, der leider nicht angenommen wurde.

Oskar Mathis (L20)

Zur Steigerung muss ich sagen, dass Sie im letzten Jahr etwas mehr als 100'000 Franken aus dem Budget gestrichen haben, um einfach den Betrag von 1 Mio. Franken zu erhalten, obwohl wir höher budgetiert hatten. Von daher stimmt der Vergleich der Steigerung von 2013 auf 2014 gemäss den Unterlagen des Verbandes nicht.

Zu Ihrer Frage, wie sich die Beträge zusammensetzen: Beim Gemeindebeitrag an die Fachbehörde wurden die Gesamtkosten gemäss Anteil Einwohner auf die Gemeinden verteilt. Hier sind für das nächste Jahr 600'000 Franken budgetiert. Man geht davon aus, dass es im nächsten Jahr noch einmal eine Steigerung gibt, weil innerhalb von drei Jahren alle Massnahmen übertragen werden müssen und rechnet dann damit, dass wieder eine Stelle im Bereich zwischen 60 und 80 % abgebaut werden kann und dann der Pro-Kopf-Beitrag wieder zurückgeht.

Beim Mandatszentrum ist der Schlüssel in einen Sockel gemäss Einwohnerzahl plus einen Beitrag gemäss aktiver Fälle aufgeteilt. Für die aufgewendeten Fälle wird ein Stundenansatz von 70 Franken pro Stunde verrechnet. Im Ganzen sind 12 Gemeinden in dem Verband und es wird eher davon ausgegangen, dass die Mandate zunehmen und gemäss Finanzplan der Pro-Kopf-Beitrag bis 2018 auf 41 Franken steigt.

4.2.4 Zusammenzug Bildung, S. 56

Durch den Wegfall der Sanierung der LUPK gibt es bei der Position 304 (Personalversicherungsbeiträge) eine Reduktion von 103'700 Franken, verteilt auf die einzelnen Kostenträger. Beim Eintreten habe ich irrtümlich von 120'000 Franken gesprochen, weil ich versehentlich noch die Musikschullehrpersonen dazugezählt habe.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

5301 Kulturförderung und Kultursicherung, S. 66

Zu Position 318 (Dienstleistungen und Honorare) möchte ich gerne einen Antrag stellen. Jetzt, wo wir mit dem Oberstufenschulhaus etc. relativ viele Ausgaben haben, soll der Betrag von 10'000 Franken für die Vorarbeiten einer Gemeindeausstellung um ein Jahr verschoben und entsprechend die nachfolgenden Kosten von rund 250'000 bis 300'000 Franken ebenfalls verschoben werden.

Reto Eberhard (SVP)

Vor einem Jahr hat Markus Bider den Antrag gestellt, die 10'000 Franken für die Vorarbeiten einer Gemeindeausstellung oder eines Kulturprojektes zu verschieben. Damals war die Situation der Gemeinde ein wenig anders und ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, was vor einem Jahr gesagt wurde.

Rita Wyss (L20)

Der Einwohnerrat hat am 13. Januar 1994 entschieden hat, anstelle eines Heimatmuseums im Zollhaus, alle zwei bis drei Jahre eine temporäre Gemeindeausstellung zur Identitätspflege durchzuführen. Den politischen Auftrag hatte die neu gegründete Kommission "Gemeindeausstellung" übernommen. Es haben vier Gemeindeausstellungen stattgefunden, und zwar 1996, 2000, 2004 und 2007. Seit 2005 hat der Gemeinderat die Aufgabe der Kunst- und Kulturkommission zugewiesen. Die L2O setzt sich für den Betrag von 10'000 Franken im Budget 2014 ein und möchte, dass nach acht Jahren wieder ein Kulturprojekt durchgeführt wird. Ursprünglich war die Idee, die Ausstellung alle zwei bis drei Jahre durchzuführen, dann sollte es eine Ausstellung pro Legislatur sein und in der Zwischenzeit sind acht Jahre vergangen – wenn 2015 etwas realisiert wird – dass die Gemeinde wieder einen kulturellen Fixpunkt setzen würde.

Wenn wir den Kulturanlasse immer wieder nach hinten verschieben, ist das ein schlechtes Zeichen und die Frage stellt sich dann, wann denn überhaupt noch so eine Ausstellung realisiert werden kann. Im Moment ist die Situation so, dass man ein Kulturprojekt starten könnte. Die Kulturveranstaltungen haben zum Ziel, dass die ganze Horwer Bevölkerung angesprochen wird, d.h. auch die Leute, die nicht in einem Verein organisiert sind, sondern die breite Bevölkerung. Sprechen Sie bitte die 10'000 Franken im Budget 2014 für die Vorbereitung und im nächsten Jahr den entsprechenden Kredit zur Realisation eines Projektes.

Es ist mir durchaus bewusst, dass wir das bereits im letzten Jahr verschoben haben und aus diesem Grund habe ich mir überlegt, statt einen Antrag auf Streichung zu stellen, den Betrag auf das nächste Jahr zu verschieben. Die 10'000 Franken für Vorarbeiten und Abklärungen haben zur Folge, dass man 250'000 bis 300'000 Franken Folgekosten hat und aus dem Grund finde ich es eine gute Sache, wenn man das um ein Jahr verschiebt und dann wieder neu anschaut.

Reto Eberhard (SVP)

Herr Eberhard, ich weiss nicht, wie Sie auf einen Betrag von 300'000 Franken kommen. Bei den Ausstellungen betragen die Kosten jeweils rund 100'000 Franken, also bei Weitem weniger. In der Kunst- und Kulturkommission wurde bereits eine Gruppe gebildet, die Vorarbeiten leistet und die ganze Kommission möchte so ein Projekt jetzt lancieren mit der Perspektive zur Durchführung im Jahr 2015. Eventuell könnte das auch über eine längere Zeitspanne gehen, d.h. dass das Projekt im Herbst lanciert würde und dann vielleicht ein halbes Jahr geht. Das würde auch gewährleisten, dass das Projekt sicher nachhaltiger wäre, als nur etwas Punktuelleres für zwei oder drei Wochen.

Rita Wyss (L2O)

Wie bereits mehrfach gesagt wurde, haben wir im letzten Jahr darüber diskutiert und ich habe mich entschlossen, aus den gleichen Überlegungen heraus wie Frau Wyss, in diesem Jahr keinen Antrag zu stellen. Wenn man sagt, man verschiebt das Projekt, dann kann man es nicht ewig verschieben, das wäre nicht seriös. Ich glaube, man sollte die Vorabklärungen jetzt machen und würde mich sehr freuen zu hören, was der Vorschlag wäre. Auch würde ich Aussagen machen, warum das Projekt auf Horw beschränkt sein muss, ob es das richtige Gefäss ist oder ob man die 100'000 Franken nicht sinnvoller investieren könnte, wenn man sich an Kulturmassnahmen von anderen beteiligen würde. Ich selber habe Zweifel, dass es irgendeine messbare Breitenwirkung entfaltet, wenn wir in Horw unsere eigene Kulturpflege machen. Mein Gefühl ist, dass man das in einen grösseren Zusammenhang setzen müsste, denn man kann dann mehr Wirkung erzielen und allenfalls auch schmissigere Projekte realisieren. Aber die Antwort wird man nicht haben, ohne dass man ein Projekt hat und darum glaube ich auch, dass man das einmal anschauen muss.

Markus Bider (CVP)

Abstimmung:

Antrag von R. Eberhard, das Projekt "Gemeindeausstellung" zu verschieben und die Position 318 (Dienstleistungen und Honorare) um 10'000 Franken für die Vorarbeiten einer Gemeindeausstellung zu kürzen.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Der Antrag wird mit 5:20 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

5504 Jugendanimation und Jugendförderung, S. 85

Ich möchte noch einmal auf die schöne Metapher von Herrn Nussbaum mit den Weihnachtsgeschenken eingehen. Für mich ist Weihnachten gerade das, was mit dem Steuererabatt geplant ist. Das heisst für mich, dass jedem Steuerzahler ein Geschenk gegeben wird. Wer mehr Steuern bezahlt, bekommt ein grösseres Geschenk und wer weniger Steuern zahlen muss, bekommt ein kleineres Geschenk und wenn man das Geschenk auspackt, ist gar nicht so viel drin.

Nathalie Portmann (L2O)

Man kann durchaus der Meinung sein, dass man den Bürgern nicht mehr Geld aus der Tasche ziehen darf als man zur Erfüllung der Aufgaben benötigt. In dem Fall ist aber die Lage ein wenig anders und nicht so, dass wir mit unseren Anträgen irgendwelche Steuergelder von jedem einzelnen Bürger verbuchen wollen. Wir haben eine einmalige Steuereinnahme erhalten, die jetzt im Giesskannenprinzip allen Steuerzahlenden zurückgegeben werden soll. Ich finde aber, dass man unter diesen Voraussetzungen die Steuereinnahme bestimmten Bevölkerungsgruppen, die das auch benötigen, zurückgeben kann, denn für mich haben Steuern auch eine Funktion der Umverteilung.

Ordnungsantrag

Ich bitte Sie, auf den Punkt zu kommen und nicht über Themen zu reden, die gar nicht massgebend sind.

Urs Rölli (FDP)

Abstimmung:

Ordnungsantrag von Urs Rölli, das Votum zum entsprechenden Punkt der Budgetdebatte zu halten.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Dem Ordnungsantrag wird mit 13:12 Stimmen zugestimmt.

Ich stelle folgenden Antrag: "Es soll ein Betrag von 20'000 Franken zuhanden der Jugend bereitgestellt werden, um ein- oder mehrmalige Projekte im Jahr 2014 zu realisieren."

Nathalie Portmann (L2O)

Abstimmung:

Antrag der L2O: "Es soll ein Betrag von 20'000 Franken zuhanden der Jugend bereitgestellt werden, um ein- oder mehrmalige Projekte im Jahr 2014 zu realisieren."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Der Antrag wird mit 7:19 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

5905 Ertrag Sondersteuern, S. 111

Ich habe einen Antrag zur Position 405, Erbschafts- und Schenkungssteuern. In den letzten drei Jahren sind die Einnahmen aus diesen Steuern wie folgt gewesen:

- 2011: 618'000 Franken
- 2012: 780'000 Franken
- 2013: bis Mitte November 600'000 Franken

Urs Manser (CVP)

Im Schnitt der letzten drei Jahre betragen die Einnahmen also rund 660'000 Franken. Sie sind somit fast doppelt so hoch als budgetiert. Im Namen der CVP-Fraktion stelle ich folgenden Antrag: "Die Einnahmen aus Erbschafts- und Schenkungssteuern sind mit

dem Durchschnittswert der Jahre 2011, 2012 und 2013 zu budgetieren. Das entspricht einem Betrag von 650'000 Franken."

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, bei dem Betrag von 350'000 Franken zu bleiben. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern sind ausgerechnet der Teil der Sondersteuern, die sich, im Gegensatz zu Handänderungs- und Liegenschaftssteuern, am wenigsten voraussagen lassen. Insofern kann das auch von Jahr zu Jahr stark schwanken. Wir hatten jetzt gute Jahre, weil grössere Erbschaften zu verzeichnen waren und die Steuern entsprechend hoch waren. Es kann aber nicht jedes Jahr so sein. Ob Sie den Betrag erhöhen oder ihn herabsetzen - wir können ihn nicht beeinflussen. Wir müssen irgendeinen Betrag annehmen und haben jetzt eine moderate Erhöhung zum Budget 2013 angenommen und machen Ihnen beliebt, den Betrag bei 350'000 Franken zu belassen.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Ich bitte Sie, den Gemeinderat zu unterstützen. Es ist immer ein Thema, wie man budgetieren soll. Man kann auch den Durchschnitt von 10 Jahren annehmen, dann wäre der Betrag niedriger. Man konnte sich jetzt nicht auf den Antrag vorbereiten, aber ich bin der Meinung, dass man das über einen langfristigen Zeitraum anschauen muss und nicht gerade die höchsten Jahre nehmen, um dann sehr optimistisch zu budgetieren. Wir sind ja trotzdem froh, wenn die Rechnung besser ausfällt und wenn es schlecht herauskommt, waren wir realistisch.

Konrad Durrer (L20)

Ich möchte ergänzen, dass wir 2009 oder 2010 einen Ertrag von 113'000 Franken hatten, also deutlich tiefer als jetzt budgetiert. Noch ein Jahr früher war der Ertrag 700'000 Franken. Die Erträge schwanken also enorm.

Markus Bider (CVP)

Ich bitte Sie auch, dem Gemeinderat zu folgen. Man muss auch bedenken, dass in Horw die eigenen Nachkommen keine Erbschaftssteuer zahlen, d.h. die Erträge sind nur von Dritten bzw. Nichtverwandten.

Urs Röllli (FDP)

Abstimmung:

Antrag der CVP-Fraktion: "Die Einnahmen aus Erbschafts- und Schenkungssteuern sind mit dem Durchschnittswert der Jahre 2011, 2012 und 2013 zu budgetieren. Das entspricht einem Betrag von 650'000 Franken."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Der Antrag wird mit 7:19 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

590150 Tiefgargen Gemeinde, S. 125

Die Einnahmen 27'000 und 32'000 Franken sind zu hoch budgetiert. Der richtige Betrag ist 23'000 Franken.

Markus Bider (CVP)

590150 Tiefgaragen Gemeinde, S. 125

Es gibt möglicherweise ein Missverständnis zu den falsch budgetierten Erträgen. Unter den Positionen 423 (LS-Erträge des Finanzvermögens) und 434 (Andere benützungsgebühren) die gleichen Erträge nehmen wie im Budget 2013, also 50'700 und 40'600 Franken statt 27'700 und 32'600 Franken.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

440000 Kleininvestitionen Kirchfeld, S. 136

Gemäss Finanz- und Aufgabenplan soll im Jahr 2014 ein Gesamtinfrastrukturkonzept erarbeitet werden. Dafür sind 50'000 Franken vorgesehen. Es ist nicht ersichtlich, dass dieser Betrag ins Budget eingeflossen ist. Die CVP-Fraktion stellt folgenden Antrag: "Die im Finanz- und Aufgabenplan vorgesehenen 50'000 Franken für die Erarbeitung eines Gesamtinfrastrukturkonzeptes sind der Kostenstelle 440000, Kleininvestitionen Kirchfeld, zu belasten."

Urs Manser (CVP)

Es ist effektiv so, dass der Betrag nicht in den Kleininvestitionen enthalten ist und der Gemeinderat ist somit bereit, den Antrag entgegenzunehmen.

Oskar Mathis (L2O)

479007 Entwicklungsrichtplan Halbinsel, S. 149

Die FDP-Fraktion schlägt vor, die Formulierung "Mit der Annahme des Voranschlages gilt dieser Budgetkredit als beschlossen" zu streichen und zu ersetzen durch: "Es wird ein separater Bericht und Antrag vorgelegt."

Urs Rölli (FDP)

Sie hatten bereits einen B+A, und zwar den Entwicklungsrichtplan Halbinsel, den wir nun umsetzen. Darin sind verschiedene Massnahmen und es wurde auch eine Kommission eingesetzt, die die Umsetzung von diesem behördenverbindlichen Richtplan begleitet und in der auch ein Vertreter aus dem Rat ist. Für das Jahr 2014 haben wir für kleinere Massnahmen 80'000 Franken vorgesehen. Sobald grössere Massnahmen anstehen, wie z.B. das Gestaltungskonzept Seestrasse, dann gibt es eine separate Budgetposition und dann kann man wieder darüber sprechen bzw. sie können für grössere Projekte wieder einen Planungsbericht verlangen. Aber in diesem Fall möchten Sie für einen Auftrag, den Sie uns bereits gegeben haben, dass Ihnen das noch einmal gezeigt wird und das verstehe ich nicht. Ich mache Ihnen beliebt, den Antrag nicht zu unterstützen und uns die 80'000 Franken zu bewilligen, damit wir die Prüfungen machen können.

Manuela Bernasconi (CVP)

Für mich stellt sich die Frage der Formulierung. Es heisst, dass mit der Annahme des Voranschlags der Budgetkredit als beschlossen gilt und dann hat man den Eindruck, dass sich das auf den ganzen Kredit von 220'000 Franken bezieht. Dann könnte man das dieses Jahr auf die 80'000 Franken beschränken und nicht sofort alles beschliessen. Das wäre entsprechend mein Antrag.

Astrid David Müller (SVP)

Für mich ist die Gesamtsumme wohl einen B+A wert. Wenn man natürlich alles aufstückelt und immer tranchenweise abschneidet ist es klar, dass man dem Rat nie etwas vorlegen muss. Was mich bei den 80'000 Franken auch massiv stört ist, dass darin 50'000 Franken für sog. Informationstafeln enthalten sind. Ich weiss, dass die Tafeln allein nicht 50'000 Franken kosten, aber mit der Werbung und allem drum und dran kommt man auf den Betrag. In dem Bericht stand auch, dass das wiederkehrende Kosten sind, also man hat nachher jedes Jahr mindestens 10'000 Franken wiederkehrende Kosten und da gilt es, einmal den Riegel zu schieben bzw. uns klaren Wein über das Ganze einzuschenken. Ich halte an dem Antrag fest.

Urs Rölli (FDP)

Ich muss noch etwas zu den Informationstafeln sagen. Das Informationskonzept beinhaltet mitnichten nur Informationstafeln, es wird von Ihnen einfach immer auf die Tafeln reduziert. Im Rahmen vom Richtplan Halbinsel haben wir diskutiert, dass wir eine gewisse Lenkung auf der Halbinsel möchten. Die Kommission Halbinsel begleitet das Ganze sehr kritisch und das ist auch richtig so, denn man will ja keinen Rummel auf der Halbinsel, sondern lenken und das ist nicht gratis. Man möchte die Leute orientieren, wo was ist und darum hat man die Tafeln und es ist so, dass man diese irgendwann wieder neu bestücken oder wechseln muss. Das ist auch beim Widenbachdelta so.

Manuela Bernasconi (CVP)

Das ist jetzt eine Massnahme, die wirklich einen Nutzen auf der Halbinsel bringt und auch die, die begleitet haben, waren kritisch und haben gesagt, dass so wenig wie möglich gemacht werden sollte. Im Moment ist das in der Umsetzung und ob es genau so umgesetzt wird, wie es im Moment vorliegt, das wird die Kommission zuhanden des Gemeinderates noch bearbeiten.

Zum Votum von Frau David ist zu sagen, dass wir mit der Budgetposition signalisieren, dass wir an der Umsetzung des Richtplanes Halbinsel sind. Darin sind x Massnahmen und wenn diese alle umgesetzt wären, reichen auch 220'000 Franken noch nicht. Darum muss ich zugeben, dass das Tranchen sind, aber wir sprechen über einen Richtplan Halbinsel, der über einen sehr langen Zeitraum umgesetzt werden soll. Sie haben uns das Instrument gegeben und so sind wir angehalten, das auch umzusetzen und der Druck auf die Halbinsel ist ja vorhanden.

Ich möchte Sie ermahnen, da jetzt keine Abstriche zu machen, denn es ist ein integrierender Bestandteil von unserer Raumplanungsgesetzrevision. Es gab einen Richtplan, dem wir zugestimmt haben und wir haben noch ein paar Grundstücke aufgewertet, indem wir hohe Ausnützungen usw. aufgenommen haben. Das war ein politischer Kompromiss und sonst müsste ich nämlich kommen und sagen, dass wir an ein paar Orten wieder zurückzonen. Das sind Sachen, die sich gegenseitig wieder aufheben bei so einer Abstimmung, wo alles zusammen zur Debatte steht. Der eine gibt hier ein wenig nach und der andere an anderer Stelle.

Konrad Durrer (L2O)

Es gibt auch noch einen weiteren Punkt. Unter Massnahme 3.1 heisst es "Erarbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzeptes Seestrasse". Auf S. 147 haben wir auch schon einen Budgetposten von 100'000 Franken, der eigentlich genau das ist, und zwar "Verkehrs- und Gestaltungskonzept Seestrasse". Ich frage mich, ob das salamiweise überall verteilt ist, damit wir die Übersicht gar nicht mehr haben. Und da Frau Bernasconi gesagt hat, dass die 220'000 Franken erst ein kleiner Teil sind, dann würde es mich schon interessieren, was noch auf uns zukommt.

Urs Rölli (FDP)

Da muss ich Ihnen sagen, dass Sie den Richtplan Halbinsel noch einmal lesen müssen und dann wissen Sie haargenau, was auf Sie zukommt bzw. was auf Sie zukommen könnte. Die Preisschilder haben wir noch nicht, weil wir Massnahme für Massnahme bearbeiten.

Manuela Bernasconi (CVP)

Dass hier noch einmal das Betriebs- und Gestaltungskonzept Seestrasse aufgeführt ist, ist ein Fehler, denn das haben wir ja separat. Ich möchte nicht, dass man mir unterstellt, wir würden Sachen verstecken.

Abstimmung:

Antrag der FDP-Fraktion: Die Formulierung "Mit der Annahme des Voranschlages gilt dieser Budgetkredit als beschlossen" zu streichen und zu ersetzen durch: "Es wird ein separater Bericht und Antrag vorgelegt."

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Mit Stichentscheid der Präsidentin wird dem Antrag mit 14:13 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

Abstimmung:

1. Dem Voranschlag 2014 der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung mit einem Aufwand von Fr. 83'696'794.00 und einem Ertrag von 82'821'691.00 resp. mit Ausgaben von Fr. 19'741'800.00 und Einnahmen von Fr. 2'056'000.00 wird einstimmig zugestimmt.
2. Der Steuerfuss wird einstimmig auf 1.60 Einheiten (wie bisher) festgesetzt.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Punkt 3 des Beschlusses

Ich werde mir übrigens das Wort nicht durch einen Ordnungsantrag nehmen lassen. Ein Ordnungsantrag kann einen Abbruch einer Diskussion verlangen, anschliessend haben alle Redner, die bereits sprechen und die noch auf der Liste sind, noch das Recht, Ihr Votum zu beenden, auch wenn es junge und noch nicht so erfahrene Mitglieder des Parlamentes sind.

Wir sind jetzt an dem Punkt, an dem es um den Steuerrabatt geht. Wenn man von "Chilbi" sprechen möchte, können wir das auch jetzt an dieser Stelle tun, wenn der Steuerrabatt gemäss Giesskannenprinzip vergeben werden soll, was Sie sonst so verachten. Wir sparen jetzt bei den reichsten Einwohnerinnen und Einwohnern tausende von Franken. Unsere Anträge gingen in die Richtung, den Beitrag anders, gezielt und sinnvoll zu nützen, nämlich einzusetzen beim Personal, bei den Lehrenden, bei den lokalen Benützern der Horwer Einrichtungen oder bei der Jugend. Es war uns ein Anliegen, darüber zu diskutieren, wo man das Geld einsetzen will.

Es gibt aber auch noch andere Gründe, warum wir dem Steuerrabatt skeptisch gegenüberstehen.

1. Die Einnahmen hätten wir lieber erst in einem Rechnungsabschluss gesehen, deutlich und klar, dann hätte man den Steuerrabatt im Budget des darauffolgenden Jahres in Betracht ziehen können.
2. Das Fondsreglement ist noch nicht ausformuliert und abgeseget auf dem Tisch. Das hätten wir uns auch gewünscht.

Darum werden wir uns zu Punkt 3 des Beschlusses nicht zustimmend äussern.

Abstimmung:

3. Mit 20:5 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, wird für das Jahr 2014 ein Steuerrabatt von 0.05 Einheiten gewährt.
4. Der Gemeinderat wird einstimmig ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1510, Budget 2014, wird mit 22:1 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.

4. Postulat Nr. 649/2013 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Kunststoff- / Plastik-Sammelstelle

Wie Sie sicher schon in Ferien im Ausland festgestellt haben, kann dort generell auch Verpackungsmaterial aller Art speziell entsorgt werden. Aufgrund privater Initiative entsorgen auch bereits mehrere Horwer Bauernhöfe ihren Plastikabfall (z.B. Siloballenfolien) bei Recyclingfirmen statt im Ökiohof. Dieses sortenreine und wenig verschmutzte Material macht das Recycling sowohl umweltspezifisch als auch wirtschaftlich mittelfristig interessant.

Jährlich werden in der Schweiz 1 Mio. t Kunststoffe verbraucht, wovon jährlich 780'000 t entsorgt werden. Davon gelangen bloss 90'000 t in die stoffliche Verwertung, also Recycling im eigentlichen Sinne. Kunststoff-Recycling ist nun auch bei den Grossverteilern ein Thema, werden doch gemäss Zeitungsartikel vom April 2013 bei den Grossverteilern gewisse Verpackungstypen entgegengenommen.

Konrad Durrer (L20)

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Urs Rölli (FDP)

Es macht jedoch durchaus Sinn, eine mögliche Einführung hinsichtlich Ökologie und Volkswirtschaft zu prüfen. Mit einem nachhaltigen Recycling-System können gewisse Plastiksorten mehrmals im Konsumkreislauf vorkommen. Bei der Verbrennung kann nur einmal aufgrund der Abwärme ein zusätzlicher Nutzen erzielt werden. Beim PET hat man erkannt, dass Recycling einen Mehrwert bringt. Wieso soll das beim normalen Plastik nicht auch funktionieren?

Ich bitte den Gemeinderat um Entgegennahme des Postulats und entsprechende Massnahmen für eine Umsetzung zu prüfen. Es sollen auch konkrete Kunststoff- / Plastik-Recyclingfirmen konsultiert werden, sodass eine breite und nachhaltige Lösung aufgezeigt werden kann.

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Robert Odermatt
(SVP)

Auf Antrag von REAL hat die Renergia Zentralschweiz eine Multikriterienanalyse in Auftrag gegeben um zu prüfen, ob eine Sammlung von bestimmten Kunststoffen sinnvoll ist. Die Analyse soll Mitte 2014 vorliegen und das wird dann für uns eine wichtige Richtschnur sein, um in der Angelegenheit zu entscheiden.

5. Postulat Nr. 646/2013 von Heiri Schwegler, L2O, und Mitunterzeichnenden: Pilotbetrieb zur Erschliessung des Kirchfelds

Seit vielen Jahren ist die Erschliessung für das Haus für Betreuung und Pflege mit öffentlichen Verkehrsmitteln ein Thema. Ein Anschluss mit dem ordentlichen öV ist schwierig und wird wohl auch deshalb nicht so schnell zu realisieren sein. Ursprünglich war die Idee, für einen Pilotbetrieb ein Taxiunternehmen zu finden, das jede Stunde ein Fahrzeug für eine Hin- und Rückfahrt einsetzt. Das hat aber auch andere Fragen aufgeworfen. Wichtig ist, dass es ein zuverlässiger und sicherer Pilotbetrieb wäre und ich gehe davon aus, dass eine Nachfrage für so eine Verbindung besteht. Oder vielleicht doch nicht? Deshalb wird der Gemeinderat gebeten, mögliche Alternativen und den Bedarf zu prüfen und uns eine geeignete Lösung in Form eines Pilotbetriebs vorzuschlagen.

Heiri Schwegler (L2O)

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen und einen Pilotbetrieb zu machen, um den Bedarf der Erschliessung besser abklären zu können.

Oskar Mathis (L2O)

6. Dringliches Postulat Nr. 652/2013 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Stärkung Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern-Horw

Die HTA ist eine erfolgreiche Schule. Die Infrastruktur ist vorhanden, sie könnte nur besser genutzt werden. Synergien werden nutzbar. Der Erfolg der Schule beruht zu einem Teil auf der interdisziplinären Ausrichtung, dazu zwei Beispiele. Das iHomeLab ist ein Zusammenschluss von Forschungsergebnissen und Forschungen in Elektrotechnik, HLK, Informatik und im Architekturbereich. Ein anderes Beispiel ist der Diplomstudiengang Wirtschaftsingenieur, der einen Teil Wirtschaft, einen Teil Informatik und einen Teil Design und Kunst beinhaltet. Das kann man machen, wenn die Bereiche nah beieinander sind und auch Horw kann seinen Beitrag leisten, damit der Standort für Studierende

Konrad Durrer (L2O)

attraktiv ist. Der Kanton besitzt Land zwischen Horw Mitte und dem aktuellen Gebäude. Trotzdem reicht das offensichtlich nicht aus, um den Standort als attraktiv zu vermarkten. Mit dem vorliegenden Postulat sollen die Grundlagen für eine sachliche Argumentation erarbeitet werden. Der Gemeinderat soll in die Pflicht genommen werden, sich für den wahrscheinlich grössten Arbeitgeber in der Gemeinde einzusetzen. Auch wenn es etwas kostet: nämlich Geld und Engagement. Und wie im ersten Eintreten gesagt: Es geht darum, dass wir alle als Vertreter der Horwer Bevölkerung ein Zeichen für den Standort Horw setzen. Darum bitte ich Sie, der Überweisung zuzustimmen.

Der Kanton hat anschliessend an die bestehende HSLU Technik & Architektur ein grösseres Stück Land, das er brach liegen lässt und das auf eine Nutzung durch die HSLU wartet. Das ist in der langfristigen Strategie des Kantons auch so vorgesehen und umso mehr hat der Gemeinderat Sorge, dass das Informatikdepartement, das neu geschaffen werden soll, nicht an diesem Standort angesiedelt werden soll. Es ist sinnvoll, das Departement in Horw anzusiedeln, denn das Departement Technik & Architektur verfügt bereits über eine grössere Informatikabteilung. Sie haben möglicherweise den Leserbrief von Herrn Gallus Appius in der Neuen Luzerner Zeitung gelesen. Er war einer der Hauptverantwortlichen, dass dort die Informatikabteilung entstehen konnte und wir können seine Argumentation für den Standort Horw der Informatikabteilung absolut nachvollziehen.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Wir wissen vom Regierungsrat Wyss, dass der Kanton kein Geld hat, selber etwas zu bauen, aber wie an anderen Orten auch, wäre es ja auch denkbar, dass man eine Zusammenarbeit mit Privaten sucht, also das Land zur Verfügung stellt, Private investieren lässt und sich in die neuen Räumlichkeiten einmietet. Das macht der Kanton an anderen Orten erfolgreich und warum soll das nicht auch in Horw möglich sein. Das wäre eine Win-win-Situation, auf der einen Seite hätte der Kanton das Gelände genutzt, hätte dort einen Baurechtsvertrag, eine Mietmöglichkeit für sein Informatikdepartement und der Private hätte einen sicheren Mieter.

Wir dürfen nicht vergessen, es ist nicht nur für die Gemeinde nutzstiftend, wenn sich das Informatikdepartement hier ansiedelt. Vielmehr ist es auch für das Departement Technik & Architektur wichtig, denn die Informatik bildet eine Scharnierstelle zwischen verschiedenen Disziplinen und macht es an dem Standort eigentlich bereits heute sehr erfolgreich. Wieso also wegziehen und sogar noch riskieren, dass das Informatikdepartement in einen anderen Kanton geht? Hier würden wir ein wenig mehr Engagement vom Kanton für seinen eigenen Bildungsstandort Luzern erwarten.

Wir haben dem Konkordatsrat geschrieben, dass wir das neue Departement unbedingt in Horw möchten und wir haben das gleiche Schreiben auch dem Regierungsrat zukommen lassen. Wir konnten LuzernPlus motivieren, unsere Idee auch weiterzutragen und auch an die Behörden zu wenden. Wir haben beim Regierungsrat Wyss gesprochen und wir werden demnächst auch noch ein Gespräch mit unseren Horwer Kantonsräten führen, dass sie im Kantonsrat vorstellig werden und sich für den Standort Horw stark machen.

Alles in allem können wir das Postulat von Herrn Durrer unterstützen und opponieren nicht gegen eine Überweisung. Wir prüfen gerne, was wir noch für weitere Massnahmen treffen können, sei es in Form eines Planungsberichtes oder sei es in Form von weiteren Massnahmen, die wir unmittelbar treffen wollen.

7. Interpellation Nr. 622/2013 von Esther Dissler, CVP: Pflegefinanzierung

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 30. Oktober 2013 schriftlich beantwortet.
Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Ruth Sträss-
le-Erismann (FDP)

Ich bedanke mich beim zuständigen Gemeinderat für das Beantworten meiner Fragen
und nehme diese so zur Kenntnis.

Esther Dissler (CVP)

Ruth Strässle-Erismann
Einwohnerratspräsidentin

Hermann Herren
Sekretär

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Heike Sommer
Protokollführerin

Versand: 16. Dezember 2013